

WATERALDIENST

57. Jahrgang 1. September 1994

Quell Verlag
Postfach 10 38 52
70033 Stuttgart

9

ISSN 0721-2402 E 12320 E

**Sekten und Sondergemeinschaften
in der DDR (II)**

**Das Massaker von Hebron
Jüdische Zeloten gegen
den Frieden**

**»Weltweite Kirche Gottes«:
Kleine Herde, großer Anspruch**

Materialdienst der EZW



**Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen**

Inhalt

Zeitgeschehen

Gott im Grundgesetz 249

Im Blickpunkt

ANDREAS FINCKE

**Zwischen Widerstand,
Ergebenheit und
diplomatischem Lavieren
Sekten und Sondergemein-
schaften in der DDR (II)** 250

Berichte

HEINZ-JÜRGEN LOTH

**Das Massaker von Hebron
Jüdische Zeloten gegen
den Frieden** 259

WERNER THIEDE

»Weltweite Kirche Gottes« 269

Informationen

ERWECKUNGS- UND
ERNEUERUNGSBEWEGUNGEN

Konflikte im Umfeld neuer
Gemeindegründungen in der
Evangelischen Kirche im Rheinland 273

SCIENTOLOGY

Religionsverfolgung in Deutschland? 276

Buchbesprechungen

Fritz Lohmeier

»Konflikte um den rechten Glauben.
Warum und worüber
wird gestritten?« 277

Samuel Pfeifer

»Glaubensvergiftung – ein Mythos?
Analyse und Therapie
religiöser Lebenskonflikte« 279

Impressum

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) im Quell Verlag Stuttgart. Die EZW ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Für den Inhalt der abgedruckten Artikel tragen die jeweiligen Autoren die Verantwortung. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. – *Redaktion:* Pfarrer Dr. Hans-Jürgen Ruppert (verantwortlich), Pfarrer Dr. Andreas Fincke, Dr. Hansjörg Hemminger, Pastor Dr. Reinhard Hempelmann, Pfarrer Dr. Reinhart Hummel, Pfarrer Dr. Gottfried Küenzlen, Pfarrer Dr. Werner Thiede. *Anschrift:* Hölderlinplatz 2A, 70193 Stuttgart, Telefon 0711/2 26 22 81/82.– *Verlag:* Quell Verlag und Buchhandlung der Evang. Gesellschaft in Stuttgart GmbH, Furtbachstr. 12A, Postfach 10 38 52, 70033 Stuttgart, Telefon 0711/601 00-0, Kontonummer: Landesgiro Stuttgart 2036 340. Anzeigen und Werbebeilagen: Anzeigengemeinschaft Süd, Furtbachstraße 12A, 70178 Stuttgart, Postfach 10 02 53, 70002 Stuttgart, Telefon (0711) 6 01 00-66, Telefax (0711) 6 01 00-76. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Schmoll. Es gilt die Preisliste Nr. 8 vom 1. 10. 1993. – *Bezugspreis:* jährlich DM 53,- einschl. Zustellgebühr. Erscheint monatlich. Einzelnummer DM 4,50 zuzügl. Bearbeitungsgebühr für Einzelversand. – Alle Rechte vorbehalten. – Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik. – *Druck:* Maisch & Queck, Gerlingen/Stuttgart.

Zeitgeschehen

○ **Gott im Grundgesetz.** Lange war es still um den Gott des Grundgesetzes. Nun ist er ins Gerede gekommen. So fordert der aus der ehemaligen DDR stammende Theologe und Bundestagsabgeordnete von »Bündnis 90/Die Grünen«, *Wolfgang Ullmann*, die Abschaffung Gottes aus der Verfassung. Ähnlich hat sich der SPD-Geschäftsführer *Günther Verheugen* vernehmen lassen. Und für die neue Verfassung des Landes Niedersachsen ist „Gott“ nicht mehrheitsfähig gewesen.

Studiert man die Argumentation der Befürworter einer Streichung Gottes aus der Verfassung, so läuft sie im wesentlichen auf die folgenden Aussagen des Theologen Ullmann hinaus: „Eine Verfassung muß die Verfassung aller Bürger sein, der Gläubigen wie der Nichtgläubigen. Gerade die Präambel muß eine von allen tragbare Willensäußerung sein, die niemandes Willen vergewaltigen darf. Die Anrufung Gottes unterstellt hingegen, daß die Nichtgläubigen eine vernachlässigenswerte Ausnahme von der Regel seien.“ Die Verfassung suggeriere, so fährt Ullmann fort, daß Deutschland im wesentlichen ein christliches Land sei; dies sei angesichts der Tatsache, daß im Gebiet der ehemaligen DDR zwei Drittel der Bevölkerung keiner christlichen Kirche angehören, aber auch angesichts der Kirchenausritte im Westen, nicht mehr haltbar. Die Nennung Gottes sei eine Verletzung der Religions- und Gewissensfreiheit und unvereinbar mit einem modernen pluralistischen Staatswesen.

Diese Argumentation klingt plausibel, ist es aber nicht. Plausibel wäre die Argumentation der Verfechter der Abschaffung Gottes aus dem Grundgesetz nur, wenn es sich bei der Nennung Gottes in der Verfassung um den Ausdruck einer bekenntnispflichtigen Zivilreligion handelte. Darum aber geht es gerade nicht. Vielmehr ist unser Staat unbestritten ein säkularer Staat, der die Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit seiner Bürger zu schützen hat und sich dazu in seiner Verfassung ausdrücklich bekennt. Die Nennung Gottes im Grundgesetz aber hat mit Einschränkung von Glaubens- und Gewissensfreiheit überhaupt nichts zu tun, in ihr geht es vielmehr darum: „Gott“ ist der symbolische Ausdruck dafür, daß der Staat und das politische Handeln sich selbst von ideologischen oder religiösen letzten Begründungen entlastet, ist Ausdruck einer Selbstbegrenzung des politischen Systems gegenüber einer Verabsolutierung der Staatsgewalt. Der Name Gottes steht als elementarer Ausdruck des politisch Nicht-Disponiblen in der Verfassungspräambel. Also nicht ein „heiliges“ Politbüro. Der liberale Rechtsstaat kann sich so von der Formulierung letzter eigener Legitimitätsziele freihalten.

Den Vätern und Müttern des Grundgesetzes stand noch klar vor Augen, wohin durch ideologische Wahrheitsansprüche begründete staatliche Allmacht führt, nämlich in den Terror der totalitären Systeme unseres Jahrhunderts. Will jemand wirklich behaupten, diese Gefahr sei endgültig gebannt? Die Nennung Gottes im Grundgesetz allein kann solche Gefahr sicher nicht verhindern. Sie symbolisiert aber die Verpflichtung des politischen Systems zur Selbstbegrenzung und ist so ein wichtiger Ausdruck von Liberalitätssicherung. Denn die Selbstbegrenzung des säkularen Staates, formuliert und festge-

halten in der Nennung Gottes im Grundgesetz, verbietet die totale und schließlich totalitär werdende Verfügbarkeit des ganzen Menschen durch Staat und Politik. So steht die Präambel des Grundgesetzes, in der Gott genannt wird, in engem Zusammenhang mit Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Unverfügbarkeit Gottes begründet die Nichtverfügbarkeit über den Menschen durch das politische System.

Schließlich: Der Gott des Grundgesetzes gehört niemandem – auch keiner politi-

schen Partei und sicher auch keiner Kirche. Nur so ist er der politisch-ideologischen und religiösen Verfügbarkeit entzogen. Als der Gott, der niemandem gehört, ist er nicht identisch mit dem von der Kirche gepredigten und von den Christen geglaubten, in Jesus Christus geoffenbarten Gott. Er ist aber *auch nicht* ein den Christen fremder Gott. Als der unverfügbare und deshalb die Unverfügbarkeit des Menschen sichernde Gott bleibt er ein kostbares Gut, auch für die Christen in diesem Land. kü

Im Blickpunkt

Andreas Fincke

Zwischen Widerstand, Ergebenheit und diplomatischem Lavieren Sekten und Sondergemeinschaften in der DDR (II)*

Die Evangelisch-Johannische Kirche

Auch die *Evangelisch-Johannische Kirche* hatte in den ersten Jahren nach 1945 gewaltige Schwierigkeiten bei der Aufnahme ihrer Arbeit. So beklagt sich ihre Leitung im Februar 1950 bei der Regierung der DDR, daß sie im Verzeichnis der anerkannten Religionsgemeinschaften als „Sekte Offenbarung des Heiligen Johannes“ geführt wird und das, obwohl die Registrierung der Evangelisch-Johannischen Kirche ordnungsgemäß und un-

ter richtigem Namen 1946 bzw. 1947 erfolgt sei⁵⁰. Dieser Beschwerde schließt sich ein reger Schriftwechsel zwischen dem Innenministerium und der Hauptverwaltung der Volkspolizei an. In einem dieser Schreiben avanciert die Johannische Kirche gar zur „Offenbarung des heiligen Johannes“⁵¹. Das Durcheinander führt in Dresden zu erneuten Tätigkeitsverboten, welche das Berliner Innenministerium jedoch umgehend aufheben läßt⁵².

Wie spannungsreich das Verhältnis staatlicher Stellen gegenüber kleineren Religionsgemeinschaften wie der Johannischen Kirche damals war, geht aus einem

* Teil I s. MD 8/1994, S. 217 ff.

Schreiben der »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« vom 20. September 1952 hervor. Verfasser des Schreibens ist der zuständige Hauptabteilungsleiter Kurt Grünbaum. Er teilt dem Innenministerium mit, daß seine Dienststelle in letzter Zeit wiederholt Klagen der Johannischen Kirche über polizeiliche Übergriffe erhalten habe. Das Innenministerium scheint diese Eingaben nicht zu bearbeiten. Und so sieht sich Grünbaum zu grundsätzlichen Klarstellungen genötigt: „Es ist nicht Aufgabe der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, zu der Wahrheit religiöser Lehren Stellung zu nehmen und danach ihr Verhalten einer Religionsgemeinschaft gegenüber auszurichten. Die (DDR) hat nach ihrer Verfassung den Grundsatz der religiösen Toleranz...“ Und weiter: „In den Jahren nach 1945 ist klar zutage getreten, daß die Evangelisch-Johannische Kirche und ihre Leitung immer das Bestreben gehabt haben, zu den Regierungen der Länder und der DDR in keinerlei Gegensatz zu geraten. (...) Eine ablehnende Haltung, ähnlich der, die die Zeugen Jehovas gegen die Regierung in der Deutschen Demokratischen Republik eingenommen haben, wurde nicht festgestellt; vielmehr ist erwiesen, daß die ... Kirche keinerlei Verbindung zu Zeugen Jehovas unterhalten hat und daß auch nicht der Wille besteht, nach der Auflösung der Zeugen Jehovas ein Sammelbecken für die Anhänger dieser Sekte zu bilden.“ Als Problemfeld bleibt somit nur noch das „Sakrament der geistigen Heilung“, in welchem Grünbaum – trotz anderslautender Befürchtungen – keine Gefahr für die Volksgesundheit erkennen kann. Letztlich kommt er zu dem Ergebnis, daß „kein Grund dafür besteht, die Evangelisch-Johannische Kirche ... anders zu behandeln, als andere Religionsgemeinschaften“⁵³.

Das sind ungewöhnliche Töne! Es wird deutlich, in welcher Spannung die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« des (Ost-)CDU-Vorsitzenden Nuschke zum Innenministerium stand. Grünbaum sollte diese Machtkämpfe politisch nicht überleben und wird noch Ende 1952 von seinem Posten entbunden. Später geht er in das Magdeburger Konsistorium. 1954 wird die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« aus politischen Gründen aufgelöst und durch die »Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED« ersetzt.

Wie das religiöse Leben kleinerer Religionsgemeinschaften an der „Basis“ wirklich aussah, das beschreibt die Leitung der Evangelisch-Johannischen Kirche in einer Eingabe vom 3. September 1952: So wurde der Kirchentag vom 24. August d. J. in Blankensee mit ca. 1000 Teilnehmern, der ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt war, kurzfristig durch massiven Einsatz von Staatssicherheit, Polizei und FDJ-Truppen verhindert⁵⁴. In den nächsten Jahren bauen das Innenministerium bzw. das Ministerium für Staatssicherheit ihre Macht immer weiter aus. Das wird an folgendem Vorgang besonders deutlich: Das in der Johannischen Kirche verbreitete „Sakrament der geistigen Heilung“ stellt für die herrschende Ideologie in der DDR eine besondere Herausforderung dar. In den Jahren 1948 bis 1955 wurden verschiedentlich Heilbeauftragte der Johannischen Kirche wegen Verstoßes gegen die Approbationsordnung vom 16. 2. 1939 zu Geldstrafen verurteilt. Anfang 1955 hatte das Oberste Gericht der DDR über die Kassation eines solchen Urteils zu entscheiden. In einem Schreiben vom 28. Februar 1955 teilt das Gericht dem Innenministerium seinen Standpunkt mit. Es heißt, daß sich der Heilbeauftragte durchaus auf dem Boden der Glaubensgrundsätze seiner Kir-

che bewegt habe. „Wenn aber eine Betätigung der Evangelisch-Johannischen Kirche auf der Grundlage ihrer Glaubensgrundsätze gestattet ist, (...) kann andererseits in der Tätigkeit der Missionshelfer nicht ein Verstoß gegen die Approbationsverordnung ... erblickt werden.“ Folglich erwartet das Hohe Gericht eine Kassation des Urteils. Ein solcher Schritt könnte jedoch in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, „daß die an mittelalterliche Methoden grenzende Tätigkeit (der) Heilbeauftragten mit den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik in Einklang (stünden)“. Letzteres ruft die Sorge wach, die Johannische Kirche würde somit letztlich „die Maßnahmen unserer Regierung zur Verbesserung der ärztlichen Betreuung der Werk tätigen ... hintertreiben, sei es auch nur bei einem verhältnismäßig kleinen Kreis unserer Bevölkerung“⁵⁵. Für solche subtilen Überlegungen hat man im Innenministerium kein Verständnis. Am 21. April 1955 teilt das Innenministerium dem Hohen Gericht schlicht mit, daß „die Tätigkeit der sogenannten Heilbeauftragten ... illegal (ist)“⁵⁶. Das Gericht fügt sich dieser Vorgabe.

Als Abschluß dieses Vorgangs schreibt das Innenministerium im Dezember an sämtliche Polizeidienststellen, daß die Tätigkeit der Heilbeauftragten, also z. B. auch die Verordnung von Arnika (!), den Gerichten unverzüglich anzuzeigen ist⁵⁷. Dennoch scheint sich Mitte der 50er Jahre die Situation zu entkrampfen. In einer internen Aktennotiz des Präsidiums der Volkspolizei vom April 1957 über die Johannische Kirche heißt es: „Die Mitglieder ... (beziehen) im wesentlichen eine positive Haltung zu unserem Staat. Aus diesem Grunde wäre es politisch nicht gerechtfertigt, öffentlich gegen die ... Kirche vorzugehen.“⁵⁸ Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die

Kirche sich weiterhin in einer schwierigen und vor allem rechtlich unklaren Situation befand. Davon zeugt eine längere Eingabe des »Bevollmächtigten der Evangelisch-Johannischen Kirche im Raume der DDR«, *Richard Kahle*, vom 13. Juli 1959 an Wilhelm Pieck. Er führt aus, daß vielfältige Versuche, neue Räumlichkeiten für die Arbeit anzumieten oder zu kaufen, durch örtliche Behörden immer wieder untergraben werden. Ferner wird beklagt, daß das Oberhaupt *Frieda Müller* nach wie vor nicht in die DDR einreisen kann. Dies sei um so bedauerlicher, als die Nazis daran schuld seien, daß sie jetzt in West-Berlin schuhne⁵⁹.

Am 7. März 1965 konnte das Kirchenoberhaupt – erstmals nach acht Jahren Einreiseperrre – wieder das Kirchenzentrum in Blankensee besuchen. Der Genehmigung war ein Brief Frieda Müllers an Ulbricht vorausgegangen, der in Ost-Berlin zu einer genauen Abwägung des Für und Wider eines positiven Votums geführt hat: So heißt es in einer Stellungnahme der »Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED«, daß die Einreise mit starken Einschränkungen genehmigt werden sollte, da zu erwarten ist, daß die Gemeinde ein solches Entgegenkommen „richtig“ zu würdigen weiß. Bedenken bestehen zwar weiterhin, weil das Kirchenoberhaupt des „übermäßigen Fanatismus“ und „turbulenten Verhaltens“ verdächtigt wird, letztlich erhofft man sich von der Einreiseerlaubnis jedoch ein positives politisches Echo⁶⁰. Es ist zu vermuten, daß die Entscheidung auch deshalb positiv ausgefallen ist, weil sich die Johannische Kirche am 13. März 1964 eine eigenständige Kirchenleitung in der DDR gegeben hatte.

Ein Stein des Anstoßes besteht für die Ostberliner Machthaber immer wieder in den intensiven Beziehungen, die viele Kirchen und Religionsgemeinschaften

über die innerdeutsche Grenze bzw. ins westliche Ausland pflegen. Es bedarf kaum weiterer Erläuterungen, daß die unterschiedlichen persönlichen und religiösen Kontakte der Abgrenzungspolitik der SED zuwiderliefen. Auch hierzu einige Details aus der Lebenswirklichkeit der Johannischen Kirche: Im Februar 1969 moniert das MfS in einem Bericht, daß das Kirchenoberhaupt Frieda Müller offenbar alle Rentner, die West-Berlin besuchen dürfen, aufgefordert hat, die Hauptgeschäftsstelle in der Teutonenstraße 14 aufzusuchen. Das MfS stellt fest, daß „die Leitung der Religionsgemeinschaft alles unternimmt, damit die Einheit der Religionsgemeinschaft im gesamtdeutschen Raum erhalten bleibt“⁶¹.

Wie sehr man über diese innerdeutschen Beziehungen verärgert war, zeigt ein Arbeitspapier des MfS vom 1. September 1969: Hier wird überlegt, ob eine klare Trennung der DDR-Kirchenleitung vom Kirchenoberhaupt in West-Berlin nicht damit erzwungen werden kann, daß sich die Zulassung der Tätigkeit auf die Kirchenverfassung von 1946 bezogen hatte und eine neue Lizenzierung mit Blick auf die überarbeitete Verfassung von 1949 nicht beantragt wurde. In diesem Zusammenhang „bestünde die Möglichkeit der Forderung nach Änderung der Verfassung im Interesse der DDR, da durch die Änderung der Kirchenverfassung 1949 praktisch die Grundlage für die 1946 erteilte Zulassung nicht mehr gegeben ist“⁶².

Diese Idee scheint nicht weiter verfolgt worden zu sein, obwohl das MfS die Arbeit der Kirche als „feindliche Tätigkeit“ einstuft und resümiert: „Durch die religiösen Auffassungen der Sekte werden deren Mitglieder zum Aberglauben erzogen. Das kommt in der sogenannten Gesundheitsbetriebe zum Ausdruck.“⁶³

Die Abgrenzungspolitik dürfte auch ei-

ner der Gründe dafür sein, daß die DDR vielfältige Versuche des Kirchenoberhaupt ignoriert hat, seinen Wohnsitz in die DDR bzw. nach Blankensee zu verlegen. Bemühungen in diese Richtung hatte es bereits unmittelbar nach Kriegsende gegeben; auch nach dem Mauerbau wurden wiederholt Anträge gestellt. Diese waren stets abgelehnt oder ignoriert worden. In den Akten des MfS befindet sich ein Schreiben von Frieda Müller in dieser Angelegenheit. Es ist an Ulbricht gerichtet und trägt als Datum den 11. Juni 1970. Angeheftet ist ein handschriftlicher Vermerk des bearbeitenden Stasi-Offiziers vom 28. Juli 1970: „Mit Genossen ... vom Mdl wurde vereinbart, das Schreiben der Müller nicht zu beantworten.“⁶⁴

Rückblickend bedürfen die vielfältigen Kontakte der Religionsgemeinschaften über die innerdeutsche Grenze hinweg einer besonderen Würdigung. Wenn zu DDR-Zeiten kirchliche Amtsträger nach dem Westen fahren konnten, so wurde das oftmals nur als Privileg verstanden. Heute wird man jedoch sehen müssen, daß die Kirchen damit auch ein wichtiges Stück „deutsch-deutscher Normalität“ bewahrt haben und dazu beitragen konnten, daß es über die Mauer hinweg innerdeutsche Gespräche und Begegnungen gegeben hat. Hier haben die kleineren Religionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag leisten können. Wie sensibel dieser Bereich war, zeigt folgender Vorgang: Die Johannische Kirche stellt am 3. Februar 1982 den Antrag, daß 40 Kinder aus West-Berlin das Kirchenzentrum in Blankensee besuchen dürfen. Der Antrag wird mit folgender handschriftlicher Notiz genehmigt: „Es ist gewährleistet, daß kein deutsch-deutsches Treffen stattfindet.“⁶⁵

Mitte der 70er Jahre konsolidiert sich die Beziehung zwischen der Johannischen

Kirche und dem Staat. Politik scheint im Glaubensleben der Kirche keine besondere Rolle zu spielen; jedenfalls sind den Sicherheitsorganen keine beunruhigenden Ereignisse bekannt. Ende August 1972 berichtet ein Agent des MfS über den Kirchentag vom 27. August, der von ca. 2500 bis 3000 Teilnehmern besucht wurde: „Negative Äußerungen gegen Partei und Regierung waren in keiner Art und Weise zu verzeichnen.“⁶⁶

Unter Prediger *Lothar Knitter* bemüht sich die Leitung der Johannischen Kirche in der DDR um ein gutes Verhältnis zum Staat. Dabei schlägt man jedoch auch einen Kurs ein, den viele Zeitzeugen nur noch als „Anbiederung“ an den SED-Staat empfinden können. In den nächsten Jahren läßt die Johannische Kirche kaum ein gesellschaftliches oder politisches Ereignis verstreichen, ohne daß man sich mit Grußadressen dazu äußert. Einige Beispiele: Aus Anlaß des 30. Jahrestages der DDR schreibt die Johannische Kirche im Herbst 1979: „Die Glieder der Johannischen Kirche werden, wie andere Christen unseres Landes, auch künftig mit ganzer Kraft am Werk des Sozialismus mitarbeiten.“⁶⁷ Und fünf Jahre später aus vergleichbarem Anlaß: „Der 35. Jahrestag unseres Staates ist uns daher Anlaß, den Vertretern der Staatsorgane, der gesellschaftlichen Organisationen und allen Bürgern, die durch ihren Einsatz am Arbeitsplatz und an anderer Stelle zu Erhaltung und Sicherung des Friedens beigetragen haben, von Herzen Dank zu sagen.“⁶⁸

Mitunter sind solche Erklärungen verschlungene Wege gegangen: So befindet sich in den MfS-Akten der Entwurf einer Erklärung der Johannischen Kirche zum 8. Mai 1985, dem sog. »Tag der Befreiung«. Dieser Entwurf ist mit handschriftlichen Korrekturen versehen, die in die veröffentlichte Fassung der Erklärung Ein-

gang gefunden haben. Man kann also fragen, ob diese Erklärung der Johannischen Kirche vom MfS „mitformuliert“ wurde⁶⁹.

Dabei wird man konstatieren müssen, daß eine kleine Religionsgemeinschaft mit höchstens 5000 Anhängern in einem totalitären Staat sehen muß, wie sie überleben kann. Deshalb darf man nicht leichtfertig über die Politik ihrer Leitung in der DDR urteilen. Aber jeder, der in der DDR gelebt hat, weiß, daß auch Ergebenheitserklärungen ihr Maß haben; auch Grußadressen können mit doppeltem Boden formuliert worden sein. Leider hat die Johannische Kirche in der DDR unter der Leitung von Prediger *Lothar Knitter* mit ihren Erklärungen in den letzten Jahren vor 1989 immer mehr das Maß des politischen Verständlichen überschritten. So heißt es in einer Erklärung zur Wahl vom 8. Juni 1986: „Johannische Christen fühlen sich von der Feststellung des Wahlaufufes angesprochen und in ihrer Lebenspraxis bestätigt, an dem gemeinsamen Werk ... mitzuwirken. Die vom Parteitag beschlossene Direktive zum Fünfjahrplan und die Aussagen des Wahlaufufes zur weiteren Arbeit geben uns den Rahmen des Handelns.“⁷⁰ Letzteres ist selbst im Kontext der oftmals inflationierten DDR-Sprachregelung überzeichnet, weil auch Johannische Gemeinden sich unmöglich in ihrer Lebenswirklichkeit von einem phrasenreichen und wirklichkeitsfernen SED-Wahlaufuf bestätigt fühlen konnten.

Einen Höhepunkt erreichen solche Erklärungen am 31. Mai 1988, als das »Neue Deutschland« großflächig auf Seite 2 ein Schreiben der Leitung der Johannischen Kirche an Honecker sowie eine Erklärung aus Anlaß des 10. Jahrestages des 6. März 1978, dem Tag der Spitzenbegegnung zwischen Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Ev. Kirchenlei-

tungen in der DDR unter Leitung von Bischof Schönherr (s. MD 1978, S. 260 ff), abdruckt. Bei solchen Erklärungen geht es weniger um die getroffenen Aussagen, als vielmehr um die psychologische Wirkung: In der weitgehend entkirchlichten Gesellschaft entstand bei vielen Menschen der Eindruck, daß „die von der Kirche“ sich mit „denen da oben“ längst einig sind, zumal die Differenzierung zwischen Johannischer Kirche und Evangelischer Kirche nicht für jedermann leicht nachvollziehbar war. Und auf der Ebene von Funktionären und Parteibürokraten ließen solche Erklärungen die Frage laut werden, wann sich denn endlich die „progressiven“ und „vernünftigen“ evangelischen Christen zu positiven Voten zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR durchringen. Solches hat der Verfasser an der Sektion Theologie der Universität Halle selbst wiederholt erlebt: Hier waren Erklärungen der Johannischen Kirche wiederholt Anlaß, Studenten und Professoren zu Voten über die erfreuliche Entwicklung der DDR zu nötigen. Aber auch in den Johannischen Gemeinden stießen die Erklärungen auf Kritik. So hat das MfS den Brief eines Gemeindegliedes vom 9. Oktober 1988 an das Oberhaupt der Kirche abgefangen, in welchem es schlicht heißt: „Die Entwicklung der Leitung in der DDR trägt nicht mehr den Kirchengeist, den Du und der Meister für uns durch viel Leid freigekämpft hast. Politisch wird sympathisiert nur um gewisse Privilegien in Anspruch zu nehmen.“⁷¹

Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen)

Mit den Mormonen begegnet uns eine Religionsgemeinschaft, die, gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder in der DDR, durchaus mit der Johannischen Kirche

vergleichbar war, deren politische Rolle jedoch entscheidend anders zu bewerten ist. Das wird an drei Aspekten besonders deutlich:

Erstens sind die Mormonen im Rahmen ihrer Religionsausübung an einen Tempel gebunden, den es bis 1985 in der DDR bzw. im Ostblock nicht gab. Dieser Umstand hat vor 1961 die Abwanderung von Mormonen aus der DDR gefördert, nach dem Mauerbau die Gemeinschaft vor unlösbare Probleme gestellt.

Zweitens waren die Mormonen-Gemeinden in der DDR Teil einer weltweit arbeitenden Gemeinschaft, die besonders in den Vereinigten Staaten beachtlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluß besitzt. Gerade dieses Kriterium spielt in den Überlegungen der SED immer wieder eine entscheidende Rolle.

Drittens haben die Mormonen in ihrem Glaubensbekenntnis die Unterordnung des Gläubigen unter die weltliche Obrigkeit festgeschrieben, ein Umstand, der ebenfalls in den Akten der SED bzw. der Stasi zustimmend hervorgehoben wird.

Obwohl sich die Mormonen-Gemeinden in der DDR bereits vor dem Mauerbau 1961 eine eigene Satzung gegeben hatten, blieben die Beziehungen nach West-Berlin eng. In mehreren Berichten der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei heißt es, daß *Henry Burkhardt*, Missionsvorsteher der Leitung der Mormonen in der DDR und später Tempelpräsident in Freiberg, trotz gegenteiliger Aussagen, „vollkommen unter dem Einfluß der Westberliner Leitung“⁷² steht. Erst 1969 wurden die DDR-Gemeinden zu einer eigenen „Mission“ erhoben und somit unmittelbar der Leitung der Kirche in den USA unterstellt⁷³. Obwohl dieser Vorgang in einer Aktennotiz von der SED als das formale Ende der „sogenannten gesamtdeutschen Kirche“ begrüßt wurde, bleibt bei den Machthabern doch

eine gewisse Ambivalenz in der Beurteilung zurück. So heißt es weiter: „Die Anleitung und Kontrolle durch Funktionäre der Hauptzentrale der ‚Mormonen‘ in den USA birgt die Gefahr in sich, daß der amerikanische Einfluß innerhalb der ‚Mormonen‘ verstärkt wird. Dadurch vergrößern sich die Möglichkeiten, daß Versuche unternommen werden, die ‚Mormonen‘ im Gebiet der DDR in die Aggressionspolitik des USA-Imperialismus einzubeziehen.“⁷⁴ Die Befürchtungen der SED sind nicht ohne Hintergrund. Vieles spricht dafür, daß maßgebende Repräsentanten der DDR-Mormonen sich bis in die 70er Jahre eine kritische Haltung zum SED-Staat erhalten haben. Beispielsweise hat sich das MfS in den 70er Jahren ausführlich mit dem „Präsidenten“ der Kirche in der DDR, Henry Burkhardt, beschäftigt. Die umfangreichen Observationen wurden unter dem sinnreichen Decknamen OPK (= „Operative Personen Kontrolle“) „Mormone“ zusammengefaßt. Eine grundlegende Veränderung hat das Verhältnis der Leitung der Mormonen zur politischen Führung der DDR Anfang der 80er Jahre erfahren. So wird ein gewaltiges Bauprogramm im Umfang von 24,5 Millionen DM angeregt, bei dem die Errichtung des ersten Mormonentempels in einem sozialistischen Land bzw. in Deutschland für ca. 5,5 Millionen DM einen besonderen Höhepunkt darstellt⁷⁵. Als Standort für diesen Tempel wurde Freiberg/Sachsen gewählt, obwohl die örtlichen Funktionäre Bedenken angemeldet hatten. Besonders die Nähe zur Freiburger Bergakademie und ihren Studenten bereitete Sorgen. In Ost-Berlin wurden solche Bedenken aus zwei Gründen zerstreut: Zum einen zwangen die immer massiver werdenden wirtschaftlichen Probleme die DDR-Regierung, sich neue Valuta-Quellen zu erschließen, zum anderen war eine behutsame Förde-

rung der Mormonen ein willkommener Affront gegen die politisch immer wieder quer liegende Evangelische Kirche. Gerade der letztere Aspekt wird in den Akten des MfS betont. So heißt es beispielsweise in einem MfS-Spitzelbericht vom 28. Oktober 1988 im Blick auf die Annäherungen zwischen Staat und Mormonen: Gerade „progressive Pfahlfunktionäre“ sehen hier „eine Möglichkeit der Abgrenzung zur Evangelisch-Lutherischen Kirche“⁷⁶.

Auffällig ist, daß trotz der Verankerung des Gehorsams gegenüber der weltlichen Obrigkeit in den Glaubensgrundsätzen die zunehmende Annäherung zwischen der Leitung der Mormonen und dem Staat an der Basis der Gemeinden mit Zurückhaltung gesehen wird. Als Kronzeuge dürfte hier ein Spitzel gelten, den die Stasi in die oberste Leitungsetage der Mormonen eingeschleust hatte. Er wurde als IMB (= Inoffizieller Mitarbeiter zur unmittelbaren Bearbeitung) geführt, sein Deckname war „Volker Fly“. Er operierte gemäß den vorliegenden Unterlagen im sog. „Regionsrat“, wurde im März 1987 getauft und zum aaronischen Priester geweiht und am 25. Oktober 1987 zum melchisedekischen Priester ernannt. Aus seinen Berichten wird deutlich, daß viele Glieder der Mormonen dem DDR-System kritischer gegenüberstanden, als das die offiziellen Verlautbarungen erwarten ließen⁷⁷.

Ihren Höhepunkt erreicht die Annäherung zwischen den Mormonen und der SED-Regierung am 28. Oktober 1988. Damals trafen sich Vertreter der internationalen Leitung der Kirche sowie Mitglieder der Präsidentschaft der DDR mit Erich Honecker. Laut »Neues Deutschland« verlief das Gespräch in „herzlicher und konstruktiver Atmosphäre“. Wie üblich haben die Herausgeber der SED-Zeitungen darauf geachtet, daß beim Leser

der Eindruck erweckt wird, Honecker habe sich schlicht mit Vertretern (irgendeiner) Kirche getroffen. So heißt die Schlagzeile im ND vom 29./30. Oktober 1988: »Begegnung Erich Honeckers mit kirchlichen Repräsentanten«. In einer Grußadresse der Mormonen liest man: „Wir achten Sie als Repräsentanten unserer Heimat, unseres Staates, mit dem wir uns identifizieren, in dem wir leben und arbeiten... In der DDR sind alle Bürger in ihrem Bekenntnis gleichermaßen geschützt. (...) Heilige der Letzten Tage sind niemals ‚Aussteiger‘, sondern positiv und optimistisch im Denken und Handeln. (...) Die Kirche steht grundsätzlich niemandem zur Verfügung, der bei ihr eine Plattform oder ein Dach für Opposition sucht... Die jungen Männer kommen deshalb auch ihrer Pflicht zur Wehrdienstleistung nach.“⁷⁸ Das dürfte Musik in den Ohren des Politbüros gewesen sein! Diese Erklärung war ein Schlag gegen viele oppositionelle Gruppen, die sich unter dem Dach der Evangelischen Kirche um Wehrersatzdienst, Friedensarbeit und Alternativen zur Einheitsgesellschaft bemüht haben.

Drei Wochen nach diesem Treffen erstellt das MfS eine als „streng geheim“ eingestufte Information zu der Frage, wie in den Mormonen-Gemeinden die Begegnung empfunden wird. Hier ist von „umfassender Zustimmung“ die Rede und davon, daß dieses Treffen auch anderen Religionsgemeinschaften zeige, wie erfreulich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gestaltet werden kann, „wenn die Kirche ihre Tätigkeit auf ihrem religiösen Grundanliegen aufbaue“, d. h., wenn die Kirche sich politischer Betätigungen enthält! In dem Papier wird jedoch auch registriert, daß einzelne Mormonen der Meinung sind, ihre Kirche sei mit der Erklärung der Evangelischen Kirche „in den Rücken gefallen“. Letztlich wird heraus-

gestellt, daß „in der BRD ein analoges Treffen ... mit dem Bundeskanzler ... wegen (des) ‚großkirchlichen‘ Einflusses“ nicht möglich wäre⁷⁹.

Wie außerhalb der Mormonen-Gemeinden auf dieses Treffen und auf die herausragende Berichterstattung in den DDR-Zeitungen reagiert wurde, hat das MfS ebenfalls registriert. So waren Dresdner Arbeiter schlicht der Meinung: „Für Westgeld kann man in der DDR eben alles erreichen oder bekommen.“⁸⁰

Eine Begegnung wie die vom Oktober 1988 war für die DDR-Führung ein politischer Gewinn: Außenpolitisch konnte Weltoffenheit und Toleranz vorgespielt werden, innenpolitisch wurde demonstriert, daß man sich mit dem System „konstruktiv“ arrangieren kann. Daß solche Arrangements ihren Preis haben, ist bekannt. Aber auf einen Aspekt sollte hier hingewiesen werden. Vieles spricht dafür, daß führende Repräsentanten der Mormonen über dem „Gipfeltreffen“ mit Honecker den Blick für die gesellschaftliche Wirklichkeit in der DDR zunehmend verloren haben. So meinte das Mielke-Ministerium nach der Begegnung mit Honecker registrieren zu können, daß ein Vertreter der Leitung der Mormonen seine bisher gezeigte Distanz zur DDR nunmehr abschwächt und „in gesellschaftspolitischen Fragen aufgeschlossen in Erscheinung (tritt). Er orientiert dabei auf ein konstruktives Zusammenwirken der Leitungsmitglieder seiner Kirche mit den zuständigen staatlichen Organen“⁸¹.

Der politische Widersinn einer solchen Politik liegt darin, daß sie zu einem Zeitpunkt zum Tragen kam, als die DDR auf immer wackligere Füße stand. Spätestens nach Honeckers ergebnislosem Besuch in Bonn (Herbst 1987) war die Zeit für Grußadressen und Ergebnisserklärungen vorbei.

Resümee

Man wird den Überlebensbemühungen kleinerer Religionsgemeinschaften in der DDR nicht gerecht, wenn man rückblickend und unter anderen politischen Verhältnissen eine „Chronique scandaleuse“ ihrer Geschichte schreibt. Alle diese Gemeinschaften lebten in einem Staat, der das Absterben der Religion zur politischen Prämisse erhoben hatte. So heißt es selbst in dem vergleichsweise seriösen »Philosophischen Wörterbuch« der DDR, daß „in der sozialistischen Gesellschaft ... die Religion objektiv ihre gesellschaftlichen Grundlagen verliert“⁸².

Insofern kann die Geschichte der Religionsgemeinschaften in der DDR nur eine Geschichte des Überwinterns sein. Das ist legitim. Deshalb wird man nicht vorschnell nach politischem Widerstand schießen, wo dieser seinen Ort kaum finden konnte. Das Thema von Gemeinschaften wie der Johannischen Kirche oder der Mormonen ist eben nicht die Bildung kleiner Widerstandszellen gewesen, sondern eine klar umrissene religiöse Botschaft.

Aber andererseits ist auch die Frage berechtigt, welche befreiende oder ermutigende Kraft von einer Religionsgemeinschaft ausgeht, damit sich ihre Glieder in einem Unrechtssystem als Menschen erweisen können, deren Existenz aus tieferen Quellen gespeist wird als nur aus der Angst ums Überleben. Insofern ist die Frage nach der politischen Vergangenheit eben doch von Bedeutung. Dabei ist Zurückhaltung angezeigt. Auch evangelische Amtsträger wie der Greifswalder Bischof Gienke haben sich zur Unzeit im Sommer 1989 mit peinlichen Erklärungen an Honecker gewandt; auch die beiden großen Kirchen geraten heute immer wieder in den Verdacht, zu sehr laviert und sich angepaßt zu haben. Deshalb be-

mühen sich die vorliegenden Zeilen in erster Linie um eine Bestandsaufnahme. Es ist zu hoffen, daß sich auch die religiösen Sondergemeinschaften einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit nicht entziehen. Einer Auseinandersetzung, die beides sieht: die Aufrichtigkeit und den Leidensmut vieler gläubiger Menschen im totalitären Staat und jene Momente, in denen sie dem gewaltigen politischen Druck und seiner Verführungskraft nicht widerstehen konnten.

Anmerkungen

- ⁵⁰ Schreiben vom 11. 2. 1950, in: *BA Potsdam*, O-4/743.
- ⁵¹ Schreiben vom 13. 9. 1950, a. a. O.
- ⁵² Vgl. Schreiben vom 4. 7. 1950, a. a. O.
- ⁵³ Schreiben vom 20. 9. 1952, a. a. O.
- ⁵⁴ Vgl. Eingabe der Johannischen Kirche vom 3. 9. 1952, a. a. O.
- ⁵⁵ Schreiben des Obersten Gerichts der DDR an das Mdl vom 28. 2. 1955, a. a. O.
- ⁵⁶ Schreiben vom 21. 4. 1955, a. a. O.
- ⁵⁷ Vgl. Schreiben des Mdl vom 15. 12. 1955, in: *BA Potsdam*, O-1-11/872.
- ⁵⁸ Aktennotiz vom 8. 4. 1957, in: *BA Potsdam*, O-4/743.
- ⁵⁹ Vgl. Schreiben vom 13. 7. 1959, a. a. O.
- ⁶⁰ Vgl. Stellungnahme vom 1. 6. 1965, a. a. O.
- ⁶¹ Bericht vom 17. 2. 1969, in: *MfS HA XX/4-743*.
- ⁶² Ausarbeitung vom 1. 9. 1989, a. a. O.
- ⁶³ A. a. O.
- ⁶⁴ *MfS HA XX/4-723* (Rechtschreibung so im Original).
- ⁶⁵ Antrag, in: *BA Potsdam*, O-4/1532.
- ⁶⁶ *MfS HA XX/4-723*.
- ⁶⁷ Zit. nach: *BA Potsdam*, O-4/1532.
- ⁶⁸ Erklärung vom 29. 6. 1984, a. a. O.
- ⁶⁹ Vgl. dazu *MfS HA XX/4-723*.
- ⁷⁰ Zit. nach: *BA Potsdam*, O-4/1532.
- ⁷¹ Zit. nach: *MfS HA XX/4-723* (Rechtschreibung so im Original).
- ⁷² Aktennotiz vom 1. 3. 1961, in: *BA Potsdam*, O-1-11/865.
- ⁷³ Es sei darauf hingewiesen, daß 1969 auch der *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR* gegründet wurde. Inwieweit es zwischen beiden Ereignissen Beziehungen gibt, bedarf einer gesonderten Untersuchung.
- ⁷⁴ Aktennotiz vom 7. 8. 1969, in: *BA Potsdam*, O-4/1534.

⁷⁵ Alle Zahlenangaben aus: MfS HA XX/4-1051

⁷⁶ MfS HA XX/4-571

⁷⁷ Zu allen Angaben vgl. a.a.O.

⁷⁸ Die Erklärung wurde am 29. 10. 1988 von allen wichtigen DDR-Zeitungen abgedruckt. Hier zitiert nach ND.

⁷⁹ Zit. nach: MfS ZAIG. Z 3699.

⁸⁰ MfS HA XX/4-571

⁸¹ Information des MfS vom 9. 11. 1988 in: ZAIG. Z 3699.

⁸² »Philosophisches Wörterbuch«, hg. v. G. Klaus und M. Buhr, Leipzig 1976, Bd. 2, 1052.

Berichte

Heinz-Jürgen Loth, Neuss

Das Massaker von Hebron Jüdische Zeloten gegen den Frieden

Als der Arzt Baruch Goldstein am 25. Februar dieses Jahres in der Isaak-Halle der Hebroner Machpela, dem Grabe der jüdischen Patriarchen, mindestens 29 Muslime beim Gebet mit seinem Sturmgewehr tötete, wurde der Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit klar: „Kahane lebt!“ So heißt auf hebräisch eine der drei Nachfolgeorganisationen, die nach der Ermordung des Rabbi Meir Kahane im Jahre 1990 entstanden sind: »Kahane Chai«.

Rabbi Meir Kahane (1932–1990)

Der 1932 in New York geborene Kahane hatte 1968 eine »Jüdische Verteidigungsliga« aus jungen freiwilligen orthodoxen Juden gegründet. Sie sollten helfen, die jüdischen Wohnviertel in Brooklyn, wo eine beachtliche Zahl von orthodoxen Juden ansässig ist, vor Übergriffen seitens der Schwarzen schützen. Das historische Bündnis zwischen den diskriminierten Afro-Amerikanern und den gesellschaftlich zurückgesetzten Juden war schon damals in die Brüche gegangen. In letzter Zeit ist es immer wieder zu Konflikten zwischen Juden, insbesondere Lubawit-

schern, und den Schwarzen gekommen. Heute schüren *Louis Farrakhan* und seine »Nation of Islam« („Islamische Nation“) in aller Öffentlichkeit den Rassismus und Antisemitismus.

Kahane konnte in seine damalige Arbeit seine Erfahrungen als ehemaliger FBI-Agent einbringen. Als Synagogenrabbiner war er jedenfalls ohne großen Erfolg, auch wenn auf ihn die Gründung einer Talmudhochschule mit dem Namen »Jeschiva der jüdischen Idee« zurückgeht. Er machte aber mehr durch Randalen in sowjetischen Institutionen in New York zugunsten der Auswanderung sowjetischer Juden von sich reden. 1971 wanderte er nach Israel ein und begann von Hebron aus mit „direkten Aktionen“ gegen die arabische Bevölkerung. Aus der Rückschau, nach dem Hebron-Massaker, erklärten jüngst die beiden Mitbegründer der »Jüdischen Verteidigungsliga«, *Bertran Zweibon* und *Morton Dolinsky*, daß aus dem einst vernünftigen Mann in Israel ein gewalttätiger Extremist geworden sei, der die Araber als „Hunde“ bezeichnete (»Jerusalem Report«, 7. 4. 1994, S. 6).

In Israel warnte Kahane vor einem zweiten Holocaust, weshalb er die Auswande-

rung aller Araber aus dem Lande vom Mittelmeer bis zum Jordan forderte. Ein weiteres Thema war die Mischehe mit nichtjüdischen Partnern, die insbesondere bei den Orthodoxen verpönt ist. Die von ihm gegründete Partei »Kach« (bedeutet soviel wie: „So ist es [nimm es hin oder laß es bleiben]“) konnte bei den Wahlen von 1977 nur 4000 Stimmen auf sich ziehen. 1984 jedoch zog Rabbi Kahane in die Knesset, Israels Parlament, ein. Das Symbol seiner Partei, die erhobene Faust auf dem Hintergrund des Davidsterns, war zugleich Programm, das sich in der Einschüchterung und körperlichen Bedrohung der Bewohner israelisch-arabischer sowie palästinensischer Dörfer niederschlug. Die Haßtiraden gegen alles, was arabisch ist, führte aber schon bald zu einer Ächtung der »Kach«-Bewegung als rassistisch. Unter anderem hatte Kahane Gefängnisstrafen für das Eingehen von sexuellen Beziehungen zwischen Juden und Arabern gefordert. Das erinnert fatal an die Nürnberger Rassengesetze im Nazi-Deutschland. Im Jahre 1985 schloß die Knesset die »Kach«-Partei wegen ihres Rassismus von weiteren Wahlen aus. Der Oberrabbinatsrat faßte dann 1986 die Resolution, daß die Anschauungen des Rabbi Kahane nicht annehmbar seien.

»Kach« blieb also von den Wahlen 1988 ausgeschlossen, verbreitete aber als außerparlamentarische Organisation ihre Botschaft weiter – mit der Forderung nach einem Plebiszit, um »Kach« mit Meir Kahane an der Spitze als anerkannte Partei zu legitimieren. Dazu gehörten provozierende Märsche Kahanes und seiner Anhänger durch das arabisch-Ost-Jerusalem. Dabei wurde die Vertreibung der Araber gefordert, begleitet von Rufen wie „Tod den Arabern!“

Am 5. November 1990 wurde Kahane in New York ermordet, von dem aus Ägypten

stammenden El-Sayyid A. Nosair. Dieser kam aus dem islamistischen Milieu des ägyptischen Scheichs *Omar Abdel-Rahman*, der – obgleich blind – zu den einflußreichsten Islamisten unserer Zeit zählt und auch im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf das New Yorker »World Trade Center« von 1993 angeführt wurde. Während einzelne Palästinenser-Gruppen die Ermordung Kahanes begrüßt hatten, wurde diese von der israelisch-arabischen Gemeinschaft verurteilt. Dennoch richtete sich gegen letztere die Wut der Kachniks (»Kach«-Anhänger), welche zur Rache aufriefen, was dann zu blutigen Übergriffen auf Araber führte. Die Beerdigung Kahanes selbst, der auf dem Givat Shaul-Friedhof in Jerusalem ruht – wo auch der ehrenvolle Theodor Herzl seine Grabstätte hat, gestaltete sich zu keinem Ruhmesblatt für die Regierung von Yitzhak Shamir. Offensichtlich aus politischen Gründen nahmen auch einige Minister an dem 15000 Menschen zählenden Trauerzug für Meir Kahane teil. Einige Jeschivot (= Talmudhochschulen) hatten ihren Unterricht abgesagt, um ihren Studenten Gelegenheit zur Teilnahme an der Bestattung zu geben. Selbst der damalige sephardische Oberrabbiner *Mordechai Eliahu* (vgl. MD 1993, S. 147; 149) nahm an der Beerdigung teil und pries des ermordeten Politikers „Großmut und Freundlichkeit“ (»Jerusalem Post«, 17. 11. 1991, S. 4).

Kahanes Erben

Was wurde aus der »Kach«-Bewegung nach dem Tode ihres Begründers? Sein jüngerer Bruder *Rabbi Nachman Kahana* [= Kahane] lehnte es ab, die Führungsrolle in der Bewegung zu übernehmen, da er gegen »Kach« sei: „Das Problem sind nicht die Araber, das Problem sind wir.“ (»Jerusalem Post«, 28. 12. 1991,

S. 13) Die Bewegung trat nach einiger Zeit in Gestalt von drei Organisationen auf: »Kach«, »Kahane Chai« (s. o.) und »Tempelberg-Jeschiva«.

Die Führung von »Kach« selbst ruht gegenwärtig in den Händen von *Baruch Marzel* und seinem Sprecher *Noam Federman*, beide ausgewiesene Araberhasser, die in der kleinen jüdischen Enklave inmitten der »Hamas«-Hochburg Hebron leben. Moshe Kohn, der in seiner Kolumne in der »Jerusalem Post« gewiß nicht dem Geist liberaler Gesinnung verfallen ist, verurteilte jüngst aufs schärfste die „Baruch-Marzel [= Marzel]-Gang und ihresgleichen“, die sich nicht schämt, Freude über die Ermordung von Arabern zu äußern (»Jerusalem Post«, 13. 3. 1994, S. 13). Als im Anschluß an das Hebron-Massaker »Kach« und »Kahane Chai« am 13. 3. 1994 verboten und Haftbefehle gegen einige führende Repräsentanten erlassen wurden, konnte Marzel sich immerhin vier Wochen lang vor dem Zugriff der Polizei verstecken.

»Kahane Chai« hatte sich auf Initiative von *Rabbi Benyamin Kahane*, einem Sohn von Meir Kahane, von »Kach« abgespalten. Er hält sich für den rechtmäßigen Nachfolger seines ermordeten Vaters. Seine Organisation hat ihren Sitz in der kleinen jüdischen Siedlung Kfar Tapuah, welche südlich des arabischen Nablus in Samaria liegt. Er leitet dort die noch von seinem Vater gegründete »Jeschiva des Rav Meir« (gemeint ist Rabbi Meir Kahane).

»Kach« und »Kahane Chai« wurden auch 1992 von den Knesset-Wahlen ausgeschlossen. Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes leugnen beide den demokratischen Charakter des Staates Israel und sind als rassistisch einzustufen. Das Gericht zitierte ein Pamphlet, das zu „einem wahren jüdischen Staat ohne Araber“ aufruft (»Jerusalem Post«, 20. 6.

1992, S. 3). Nach dem gesetzlichen Verbot beider Organisationen rief »Kahane Chai International« dazu auf, daß alle Israelis einen gelben Davidsstern tragen sollten. Von Baruch Goldstein wird berichtet, daß er anlässlich des Besuches des israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizman in Kiryat Arba einen solchen gelben Stern – dieser erinnert bekanntlich an die Nazi-Verfolgung – getragen habe. „Er sah“, so schreibt Arye Stav in der »Jewish Press«, „Rabin beim Händeschütteln mit dem Henker seiner Nation und jüdische MKs [= Mitglieder der Knesset] sich einwickeln in eine PLO-Flagge“ (25. 3. 1994, S. 2).

Die »Tempelberg-Jeschiva« in Jerusalem wird von *Baruch Ben-Yosef* geleitet. Diese Einrichtung widmet sich der Wiedererrichtung des Tempels auf dem Tempelberg, auf dem bekanntlich muslimischer Felsendom und Al-Aqsa-Moschee stehen. Die Talmudhochschule kam Ende letzten Jahres ins Gerede, weil man in ihren Räumen Radioscanner, Zündschnüre für Bomben, Zündkörper u.a.m. fand.

Der Kahanismus

Allen drei Organisationen gemeinsam ist die Ideologie des Kahanismus, der mit Beginn der Intifada im Jahre 1987 Sympathisanten hinzugewinnen konnte. Die jüdischen und nichtjüdischen Opfer arabischer Gewalt förderten ebenfalls den Radikalismus auf Seiten der Kachniks. Dem Kampfruf „Tod den Arabern!“ entspricht auf arabischer Seite der haßerfüllte Ruf „Schlachtet die Juden!“ Auch christliche Besucher der Machpela-Höhle wissen davon zu berichten. Der Kahanismus ist also ein Phänomen der Gewalt in einem von Gewalt geprägten Milieu, in dem religiöse Anschauungen schnell in kollektive Gewaltaktionen umschlagen. Vor al-

lem ist der Kahanismus auch ein Phänomen, das seine Heimat außerhalb der „Grünen Linie“, also außerhalb der Grenzen Israels von 1967 gefunden hat.

In einem ausführlichen Artikel über „Kahanes mörderisches Erbe“ hat sich Yossi Klein Halevi im »Jerusalem Report« vom 24. 3. 1994 kritisch damit beschäftigt, wie der Gedanke der Rache zu einem integralen Bestandteil jüdischen Denkens werden konnte. »Kach« als einer ausschließlich orthodoxen Bewegung ist es nach Ansicht des Autors gelungen, die Glorifizierung von Macht und Rache zu einer Theologie zu verbinden. Gott manifestiert sich auf Erden durch sein Volk: „Wenn die Juden stark sind, wird Gottes Herrlichkeit offenbart; wenn sie gedemütigt werden, wird Er besudelt.“ Zentrale Mission des jüdischen Volkes ist daher die Heiligung Gottes, der *Kiddusch ha-Schem*, d. h. Heiligung seines Namens. Aber nach Ansicht der Kahanisten besteht diese nicht – wie üblicherweise verstanden – in der Annahme des Märtyrertums, sondern gerade in ihrem Gegenteil: in der Zurückweisung des Martyriums durch die Juden und in dem Töten ihrer Feinde.

Der Begriff *Kiddusch ha-Schem* hat ursprünglich mit dem Tempel und seinem Ritual zu tun. Es geht dabei um das richtige, der Heiligkeit Gottes angemessene Verhalten im Tempel, im Umgang mit den Opfergaben, insbesondere aber um Vorschriften hinsichtlich der Priesterschaft (vgl. 3. Mose 21–22). Wer anstatt der gebotenen Heiligkeit von Dingen oder Handlungen hier nur Alltägliches sieht und entsprechend sich verhält, der begeht *Chillul ha-Schem*, d. h. Profanierung des Namens Gottes.

Ein erster Bedeutungswandel dieses Gedankenkomplexes kam durch die Propheten, die den Begriff moralisch interpretierten: als Unmenschlichkeit gegenüber

Sklaven (Jer. 34,16) oder als Unterdrückung und sexuelle Unmoral (Amos 2,7). In Ez. 20,9; 14 kann Gott sich sogar selbst der Profanation seines Namens schuldig machen, wenn er nicht in einem ausreichenden Maße in der Welt Präsenz annimmt. In talmudischer Zeit meinte *Kiddusch ha-Schem* die reine moralische Entscheidung, ohne Hintergedanken an Lohn oder Strafe, aus ausschließlicher Liebe zu Gott. Nur wo es um Apostasie (Glaubensabfall) geht oder wenn jemand unter dem Zwang steht, einen anderen zu töten oder einen Inzest bzw. einen Ehebruch zu begehen, ist nach dem Babylonischen Talmud, Traktat Sanhedrin („Gerichtshof“) 74a, das Märtyrertum angemessen. Erst nach den Kreuzzügen wurde dieses in einigen Gemeinden zum Ideal verklärt. Dagegen setzte sich während der Nazi-Verfolgung die Überzeugung durch, daß der wahre *Kiddusch ha-Schem* in der Bewahrung jüdischen Lebens bestünde (vgl. Hyam Maccoby in: »Contemporary Jewish Religious Thought«, hrsg. von A. A. Cohen und P. Mendes-Flohr, New York 1988, S. 849–854).

Für den Kahanismus war vor einer Generation Nazi-Deutschland die Wiedergeburt Amaleks, jenes Erbfeindes Israels, der die Israeliten in der Wüste angriff und dessen Vernichtung Gott diesen befohlen hatte (vgl. 2. Mose 17,8–16). In der Gegenwart sind die Araber die Verkörperung Amaleks, die Gott nach dem Sechstage-Krieg in die Hand seines Volkes gegeben hat. Deshalb ist jeder Landverzicht ein *Chillul ha-Schem*, eine ernste Profanierung des Namens Gottes! Es wäre, wie Klein Halevi schreibt, „ein Rückschlag im messianischen Prozeß“, „eine Umkehr des göttlichen Planes hinsichtlich des Triumphes der Juden über Amalek“ (S. 16).

Aus diesem Hintergrund versteht man

auch, warum Meir Kahane 1971 seinen zentralen Stützpunkt in Hebron errichtete und seine Anhänger Wohnsitz nehmen ließ in der angrenzenden, um 1972 gegründeten Stadt Kiryat Arba. Mit dieser Gründung hatten die Siedler wieder an die Geschichte des israelitischen Kiryat Arba/Hebron aus Jos. 14,15 angeknüpft, welches zeitweilig auch als Hauptstadt König Davids gedient hatte (2. Sam. 2,1–5,5).

Kiryat Arba mit seinen 6000 Einwohnern mag hier auch als Beispiel dafür angeführt werden, wie unzutreffend es eigentlich ist, wenn man leichthin von „jüdischen Siedlungen“ in der Westbank spricht, als ob es sich um provisorische Ansiedlungen handeln würde. Denn in Wirklichkeit geht es dabei auch um kleine oder größere Städte wie beispielsweise Ma'ale Adummim (östlich von Jerusalem), welche eine Einwohnerzahl von rund 15000 hat. Es sind prosperierende Kommunen mit der Infrastruktur moderner Städte. Dies wissen die Kachniks, dies weiß auch die Regierung in Jerusalem, die mit Sicherheit keine Pläne zur Evakuierung solcher Städte entwickeln kann. Der Friedensprozeß zwischen Juden und Palästinensern wird folglich ein langer Weg mit vielen, vielen Kompromissen sein – mit einem unerhörten Mut zu unkonventionellen Territorillösungen. Dazu wird vermutlich auch die weitere Existenz von jüdischen Kommunen auf palästinensischem Boden gehören – so wie es arabische Dörfer und Städte im israelischen Staat gibt.

Bei Kiryat Arba bzw. Hebron kommt erschwerend hinzu, daß sich hier die zweitheiligste Stätte des Judentums – gleich nach der Westmauer des Tempelberges in Jerusalem – befindet: das Erzvätergrab in der Höhle von Machpela (vgl. 1. Mose 23). Hier liegen der Tradition nach Abraham und Sara begraben, Jakob und Lea

sowie Isaak und Rebekka. Seit der Zeit des Mamluken-Sultans Baibars (1260 bis 1270) durften Christen und Juden die Grabeshöhle nicht mehr betreten; Juden durften nur bis zur 7. Stufe der äußeren Treppe steigen. Aus den jüdischen Patriarchen waren muslimische Vorväter geworden, deren Zugehörigkeit zum Islam auch mit blutigen Mitteln verteidigt wurde. 1929 und 1936 kam es daher zu blutigen Pogromen an den jüdischen Siedlern. Der oberste Militärrabbiner und spätere Oberrabbiner Israels, *Shlomo Goren*, brachte 1967 eine Torarolle in die Moschee *Charam ha-Chalil*, in das „Heiligtum des Freundes“ („Freund“ ist ein islamischer Beiname für Abraham/Ibrahim), welches auf diese Weise auch zu einer Synagoge wurde. Die israelische Militärverwaltung übernahm die Aufsicht und wies den beiden Religionsgemeinschaften gesonderte Bezirke im Heiligtum zu, wo sie ihre Gebete verrichten können. Kahane und Anhänger haben in dieser eingeschränkten Verfügbarkeit über die Machpela eine Selbsterniedrigung gesehen.

Auch für viele Muslime, insbesondere für jene der »Hamas«-Bewegung, ist der Gedanke unerträglich, *ihr* Heiligtum mit Juden teilen zu müssen. Deshalb kam es immer wieder nach 1967 zu Zwischenfällen. In den Tagen vor Purim dieses Jahres konnten die Bewohner von Kiryat Arba aus den Moscheen Hebrons den bekannten Slogan hören, mit dem der arabische Mob 1929 *alle* Juden der Stadt massakriert hatte: „Idbah al-jahud!“, „Schlachtet die Juden!“ Als *Baruch Goldstein* – »Kachs« einziger Repräsentant im Stadtrat von Kiryat Arba – am Purimabend das Patriarchengrab aufsuchte, um die Lesung aus der Estherrolle zu hören, erscholl nach Zeugenaussagen dieser Ruf auch im Heiligtum. Offensichtlich entstand an diesem Abend sein Plan zu dem

Massaker an den Muslimen am nächsten Morgen, dem 25. Februar.

Die Estherrolle bzw. das Buch Esther des Alten Testaments erinnert alljährlich an den Judenhasser Haman, den Großwesir des Perserkönigs Ahasveros (Xerxes?), der alle Juden vernichten wollte, dann aber selbst am Galgen endete. Die Jüdin Esther, Gattin des Perserkönigs, konnte durch ihren persönlichen Einsatz den Mordplan Hamans erfolgreich vereiteln. Für Baruch Ben-Yosef von der »Tempelberg-Jeschiva« ist Purim daher ein Fest der Vergeltung an Amalek, gilt doch Haman nach Est. 3,1 als Nachkomme von Agag, dem König der Amalekiter (vgl. 1. Sam. 15,32). Aus diesem Grunde haben die Kachniks keine Schwierigkeiten, in der Tat des Arztes Goldstein – der die Behandlung von arabischen Verwundeten im Südlibanon abgelehnt hatte – einen Akt der Abwehr von *Chillul ha-Schem* zu sehen, d. h. eine Handlung gegen die Profanierung von Gottes Namen. Aus ihrer Sicht, so schreibt Klein Halevi, tötete Goldstein „keine unschuldigen Menschen beim Gebet, sondern Haman und Hitler und Arafat, indem er Gottes Namen heiligte, als er Rache nahm an Amalek“ (S. 17).

Für die Kachniks ist Goldstein nicht der einzige und letzte Eiferer, der in dem von Konflikten und Gewalt geprägten Milieu von Hebron und Kiryat Arba zur Waffe greifen wird. Von den 6000 Bewohnern der jüdischen Stadt nahmen über eintausend an seiner Beerdigung teil. Der städtische Oberrabbiner Dov Lior – einst Kandidat für den Obersten Rabbinatsgerichtshof und Befürworter von medizinischen Experimenten an gefangenen arabischen Terroristen – hielt eine Lobeshymne auf Goldstein. Dieser, getrieben von der Verzweiflung über die Untätigkeit der israelischen Regierung gegenüber dem arabischen Terror, sei ein heiliger Mann gewe-

sen, der die höchsten jüdischen Werte verkörpert habe. Beigesetzt wurde Goldstein in einem Park neben dem Meir Kahane-Platz, wo sich ein Ehrenmal befindet: „Im Gedächtnis an Rabbi Meir Kahane, einem Freund Israels, einem Riesen [in Fragen] der Tora, heldenhaft in Taten, ermordet bei der Heiligung des göttlichen Namens“.

Der aschkenasische Oberrabbiner *Yisrael Lau* sowie der sephardische Oberrabbiner *Eliahu Bakshi-Doron* (zu beiden vgl. MD 1993, S. 146 ff) haben das Massaker verurteilt. Bakshi-Doron hatte vorgeschlagen, Goldstein außerhalb der Mauern eines jüdischen Friedhofs zu beerdigen. Das ist dann faktisch auch in Kiryat Arba geschehen.

Die messianischen Aktivisten

Zweifellos am schärfsten hat Israels Premierminister *Yitzhak Rabin* das Hebron-Massaker verurteilt, indem er es als „die stinkende, verrottete Frucht“ des Messianismus der radikalen religiösen Siedler bezeichnete (»Jerusalem Post«, 24. 3. 1994, S. 2). Ähnlich deutliche Worte hätte man allerdings auch von Arafat nach den arabischen Terrorakten in Afula und Hadera im April dieses Jahres gerne gehört!

Der Ausspruch Rabins bezieht sich auf die seit Gründung Israels von den orthodoxen Zionisten vorgenommene religiöse Interpretation des Staates Israel als Beginn der Erlösung. In diesem Zusammenhang wird häufig auf ein Gebet für das Wohlergehen des Staates Israel hingewiesen, das in manchen Gemeinden am Sabbatmorgen nach der Toravorlesung gesprochen wird. Dort heißt es: „Unser Vater in den Himmeln, Fels Israels und sein Erlöser! Segne den Staat Israel, das erste Aufblühen unserer Befreiung...“ Letzteres meint die Erlösung, die jedoch

mit dem Kommen des Messias verbunden bleibt. Daher fährt das Gebet fort: „Und sende uns schnell den Sohn Davids, den Messias deiner Gerechtigkeit“. Der Eindruck des glänzenden Sieges Israels im Sechs-Tage-Krieg von 1967, der gewonnene Jom-Kippur-Krieg von 1973 sowie die Ära Begin von 1977–1983 führten, insbesondere in aschkenasischen Kreisen, zur Entstehung eines messianischen Nationalismus. Als dessen Träger trat die orthodoxe Siedlungsbewegung »Gusch Emunim« hervor („Block der Gerechten“; s. ausführlich MD 1990, S. 79 f). Nach den Wahlen von 1992 haben sich diese Aktivisten in »Emunim« umbenannt. Die bislang über die »National-Religiöse Partei« erfahrene Unterstützung durch regierungsamtliche Stellen ist entfallen, nachdem diese Partei wegen ihrer Ablehnung jeglicher territorialer Kompromisse gegenüber der PLO in die Opposition hatte gehen müssen (vgl. MD 1993, S. 146).

Zwischen »Emunim« und Kachniks bestehen jedoch nach Klein Halevi gewisse Übereinstimmungen. Beide teilen die Überzeugung, daß das Israel-PLO-Abkommen über die Selbstverwaltung von Jericho und Gaza einem *Chillul ha-Schem* gleichkommt, weil es die Macht Israels über die besetzten Gebiete schmälert und Arabern die Möglichkeit zu hämischer Freude gibt. Die nationalistische Interpretation der Heiligung des Namens Gottes, *Kiddusch ha-Schem*, fordert zu einem Handeln auf gegen jede Form von Konzession, die geeignet wäre, Israel zu schwächen.

Und eben dies war offensichtlich auch ein Motiv der Bluttat von Baruch Goldstein. In seiner Tasche fand man einen Text, in dem er Gott um Vergebung für seine Sünden bittet und Bezug auf zwei Gebete nimmt: »Schma Jisrael« und »Adon olam«. Das erste ist das berühmte

jüdische Glaubensbekenntnis, mit dem schon viele jüdische Märtyrer auf den Lippen gestorben sind: „Höre Israel, der Ewige, unser Gott, der Ewige ist einzig!“. Das zweite Gebet ist eines der schönsten Stücke des Gebetbuches, von tiefem religiösen Gehalt: „Der Herr der Welt, er hat regiert, eh' ein Gebild geschaffen war ... Er ist mein Panier und Zuflucht mir ... In seine Hand empfehle ich meinen Geist ... und mit meinem Geist auch meinen Leib, Gott ist mit mir, ich fürchte mich nicht“. Dieses Gebet, das nur am Eingang des Sabbats und des Versöhnungstages gesprochen wird, ist auch Bestandteil des häuslichen Nachtgebetes. Goldstein hat sich ganz offensichtlich als Märtyrer verstanden – gegen die Profanierung des Namens Gottes.

Es kann daher nicht verwundern, wenn manche orthodoxe Siedler, die zwar keine Beziehung zum Kahanismus haben, dennoch in Goldstein einen frommen Juden sehen, den sie nicht verdammen wollen. So kam auch der berühmte Kabbalist (Mystiker) *Rabbi Yitzhak Ginsburgh* zu seiner Beerdigung. Er ist Oberhaupt der zu Josephs Gedächtnis 1990 errichteten Jeschiva am Grabe des Patriarchen und jüngeren Rachelsohnes (vgl. 1. Mose 30,24) in Sichem, nahe der rein arabischen Stadt Nablus. Auch das Josephsgrab ist eine Juden und Muslimen gleichermaßen heilige Stätte. Als seine Studenten vor Jahren in einem arabischen Dorf in der Westbank randalierten, erklärte er, daß nichtjüdisches Blut weniger wert sei als jüdisches. Jeder, der auch nur über geringe Kenntnisse des Talmuds verfügt, weiß, daß das schlichtweg Unfug ist! Seit dem großen babylonischen Gelehrten Rava (gestorben 352) gilt im Judentum der Grundsatz, daß auch nicht unter Zwang ein anderer getötet werden darf, weil das eigene Blut nicht röter ist als das Blut des anderen Menschen (Trak-

tat Pesachim [„Passaopfer“] 26b). Ginsburgh ist aber neben dem gelehrten *Adin Steinsaltz*, der in den letzten Jahren mit seiner englischen Übersetzung des Babylonischen Talmuds internationales Ansehen gewonnen hat, die führende Gestalt der einflußreichen Lubawitscher, auch »Chabad« genannt (vgl. MD 1990, S. 77 f), in Israel. In Kfar Chabad, ihrem Dorf in der Nähe von Tel Aviv, kam es nach dem Hebron-Massaker zu einem Eklat, als eine Schulklassen nach einem Besuch der Gemeinschaft berichtete, daß daselbst die Bluttat vor den Schülern gelobt worden sei.

»Chabad« zählt zu den führenden Gegnern territorialer Zugeständnisse an die Palästinenser. Gemeinsam mit den »Erunim«-Siedlern schwingen sie ihre gelbschwarzen Banner mit der Aufschrift „Das Land Israel ist in Gefahr“.

Die Lubawitscher stehen in der „messianischen Front“ an vorderster Linie! Während ihr Führer, der am 12. Juni im Alter von 92 Jahren verstorbene *Rebbe Menachem Mendel Schneerson* – er hat die Bewegung zu einem erfolgreichen Unternehmen gemacht – nach seinem zweiten Schlaganfall in einem New Yorker Krankenhaus lag und künstlich beatmet werden mußte, hielten die Chabadniks in der Woche vor Pessach einen großen Gebetsgottesdienst ab. In einer Zwei-Tage-Procession war man mit „Mizwa Tanks“ (Transportwagen, von denen sie ihre Botschaft verkünden, daß jeder die Mizvot oder religionsgesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen habe) von dem nordisraelischen Badeort Nahariya an die Westmauer des Tempelberges gezogen. Währenddessen trafen Tausende in Brooklyn ein, um für den Rebbe zu beten. Seine Erkrankung verstanden viele als die „Dunkelheit vor der Morgenröte“ der kommenden Erlösung. Durchaus typisch ist die Aussage: „Der Rebbe hat gesagt,

daß der Moschiach [= Messias] recht bald kommt. Besonders jetzt fühle ich, ist es sehr wohl möglich, daß er jederzeit kommen kann. Man kann sagen, er ist sehr nahe.“ (»Jerusalem Post«, 25. 3. 1994, S. B 1) In Israel begegnete man in jenen Tagen sehr häufig dem Konterfei des Rebbe, der von Litfaßsäulen, Plakatlflächen oder Wänden in großen Restaurants herabblickte, eingerahmt von hebräischen Texten wie: „Es lebe der König“ oder „Gesegnet, der kommt – der König des Messias“.

Auch wenn der 97jährige *Eliezer Schach* aus seiner orthodoxen Hochburg in Bene Beraq (an der Stadtgrenze von Tel Aviv gelegen) als Oberhaupt der ultraorthodoxen „litauischen“ Jeschiva-Fraktion den Rebbe als falschen Messias bezeichnet hat, so sind dennoch viele unter den Orthodoxen überzeugt, daß man sich in einem messianischen Prozeß befindet. Die Araber als endzeitliche Verkörperung Amaleks stehen dem Kommen des Messias entgegen. Und die Politik der Regierung Rabin mit ihren Landkonzessionen an die PLO droht den Prozeß der Erlösung in sein Gegenteil zu verkehren.

Rabbiner gegen den Frieden

Der Kampf der zionistischen Rechten gegen die Regierung Rabin hat sich in den letzten Monaten zugespitzt. Man bedient sich dabei eines alten Instruments, dem *Psak Halacha*, worunter eine halachische Entscheidung zu verstehen ist, also ein rechtlich verbindlicher Religionsentscheid – ähnlich dem *Fatwa* der muslimischen Rechtsgelehrten. Schon 1981 hatte der damals amtierende aschkenasische Oberrabbiner *Shlomo Goren* (s. o.) eine halachische Entscheidung dahingehend erlassen, wonach es verboten sei, irgendeinen Teil von Israel fremder Herrschaft

zu überlassen. Goren hat schon immer durch spektakuläre Handlungen von sich reden gemacht. Als Armeerabbiner hatte er während des Sinaifeldzuges von 1956 auf dem Sinai und dann 1967 nach der Eroberung des Tempelberges den Schofar (= Widderhorn) geblasen und das jeweils eroberte Land in Besitz genommen. Das Bild des obersten Armee-Geistlichen mit Schofar und Torarolle vor der Westmauer des Tempelberges ging damals um die Welt. Von dem Hineintragen einer Torarolle in den *Charam al-Chalil* war oben schon die Rede. Im Jahre 1989 bekräftigte der rabbinische Rat der »National-Religiösen Partei« mit seiner halachischen Entscheidung Israels Recht auf Großisrael (vgl. MD 1993, S. 150). Ende 1993 erließ dann Goren wiederum einen *Psak Halacha*, der die Soldaten zum militärischen Ungehorsam auffordert, sollte an sie der Befehl zur Umsiedlung von Siedlern aus den besetzten Gebieten ergehen.

In diesem Jahr folgten die drei führenden Rabbiner der »National-Religiösen Partei« – der ehemalige aschkenasische Oberrabbiner *Avraham Shapira* (vgl. MD 1993, S. 146) sowie die Rabbiner *Shaul Yisraeli* und *Moshe Zvi Neria* – nach, indem sie im März an die Entscheidung Gorens anknüpften und den Rechtssatz verkündeten, wonach es israelischen Soldaten verboten ist, jüdische Siedler zwangsweise aus ihren Siedlungen zu vertreiben. Ein solcher Befehl wäre illegal und unmoralisch.

In dieser Situation wollte *Rabbi Ovadia Yosef*, der ehemalige sephardische Oberrabbiner Israels und geistliche Führer der »Shas«-Partei (vgl. MD 1993, S. 149f), über den derzeit amtierenden sephardischen Oberrabbiner *Eliahu Bakshi-Doron* durch einen eigenen *Psak Halacha* den der national-religiösen Rabbiner entkräften. Das Vorhaben scheiterte jedoch

an der Weigerung des bislang als liberal eingeschätzten Oberrabbiners *Yisrael Lau*, an einer solchen Entscheidung mitzuwirken. Als Vorsitzender des neun Rabbiner umfassenden Oberrabbinatsrates äußerte er am 4. April die Ansicht, das Rabbinat müsse über den politischen und öffentlichen Argumenten stehen. Der Rabbinatsrat forderte dann die „Öffentlichkeit“ – gemeint ist die israelische Regierung – auf, „eine große Anstrengung zu unternehmen, um zu verhindern, daß im Volk eine Kluft wachse, und die Einheit des Volkes von Israel und die Sicherheit aller Bewohner des Landes Israel sicherzustellen“ (»Jerusalem Post«, 5. 4. 1994, S. 2).

Droht Israel jetzt eine Bewegung der „Rabbiner gegen den Frieden“? Mutig hat *Rabbi Yehuda Amital*, der Begründer der »Hesder-Jeschiva«-Institution, die halachische Entscheidung der national-religiösen Rabbiner zurückgewiesen. Diese berühmte Einrichtung besteht aus Jeschiva-Studenten, die sich während ihres Studiums nicht vom Militärdienst freistellen lassen – was die Mehrzahl aller Jeschiva-Studenten und religiösen Lehrer tun, sondern in speziellen Militäreinheiten dienen, welche Studium und Militärdienst miteinander verknüpfen. Die Institution genießt in Israel einen guten Ruf. Amital sieht nun in der Aufforderung zum Ungehorsam eine Gefahr der Zerstörung der Armee. Für Gad Lior, einen Korrespondenten der israelischen Tageszeitung »Yediot Achronot« („Letzte Nachrichten“) steht sogar mehr auf dem Spiel: „Der erste Soldat, der den Befehl seines Offiziers, einen Siedler zu evakuieren, verweigert, gefährdet den Staat, wenn nicht sofort reagiert wird.“ Es darf nicht geschehen, daß „Rabbiner zu Ajatollahs“ werden und „der Staat Israel vom ‚Khomeinismus‘ regiert wird“ (»Allgemeine jüdische Wochenzeitung«, 21. 4. 1994, S. 2).

Ist der Friedensprozeß gefährdet?

Natürlich verbietet sich eine prophetische Aussage über die weitere Zukunft. Allerdings gibt es einige grundlegende politische und soziologische Fakten, die keinen Anlaß zu einer pessimistischen Haltung geben. Die große Oppositionspartei, der »Likud«, der noch unter Shmir selbst mit den Gesprächen mit den Palästinensern begonnen hatte, verfügt über kein alternatives Konzept zum Frieden in Nahost. Der Oppositionsführer, Binyamin Netanyahu, ist ohnehin keine charismatische Gestalt; er ist zudem in der eigenen Partei umstritten. Bei der Abstimmung über das Gaza-Jericho-Abkommen in der Knesset Mitte Mai marschierte die Opposition aus dem Raum. Man wollte nicht riskieren, daß »Likud«-Anhänger aus einem Friedenswunsch heraus für die Regierung stimmen würden.

Man tut zudem auch gut daran, den Friedensprozeß im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, daß sich der Staat Israel in einem umfassenden Wandel befindet. Da ist zum einen der Übergang vom *ancien regime* der Gründungsväter mit ihrer im kollektivistischen Denken wurzelnden Mentalität hin zu einer pluralistischen Gesellschaft. Und da ist zum anderen der anhaltende Wirtschaftsaufschwung mit den bekannten Veränderungen im Sozial- und Individualbereich der Menschen. Religiöse Vorschriften verlieren zusehends an Boden, ungeachtet der vermehrten Bemühungen orthodoxer Kreise. So war z. B. die von dem staatlichen Busunternehmen »Eged« kürzlich eingerichtete, nach Geschlechtern getrennte Buslinie in den orthodoxen Vierteln von Jerusalem ein totaler Mißerfolg. Frauen dachten nicht daran, auf die für sie reservierten Busse zu warten. Für die Yuppies in Tel Aviv wiederum sind Kaviar

und „shinken“ – man hat das deutsche Wort übernommen – selbstverständliche Leckerbissen, auch wenn sie nicht den Speisevorschriften der Kaschrut entsprechen. In der »Jerusalem Post« schrieb Michal Yudelman unter der Überschrift »In Tel Aviv ist Matza ausschließlich für Affen« über die „gottlose“ Begehung des Pessachfestes in Israels größter Stadt (1. 4. 1994, S. B 8). Wenn Juden am „Fest der ungesäuerten Brote“ Gelüste nach gesäuertem Brot haben, erleben vielerorts die arabischen Bäcker eine Hochkonjunktur. Unter Hinweis auf die allgemeinen Menschenrechte verkaufen mehr jüdische Metzger Schweinefleisch, als der ahnungslose Tourist sich träumen läßt. Und was heißt schon Reiseverbot am Sabbat, wo der Israeli es liebt, an den freien Tagen ans Meer oder aufs Land zu fahren! Die israelische Gesellschaft befindet sich in einem Umbruch, der durch den fortschreitenden Friedensprozeß mit den Arabern nur beschleunigt werden kann. Früher oder später wird es auch zu einer Trennung von Staat und Synagoge kommen. Offensichtlich sucht das ultraorthodoxe Establishment durch einen Schulterschuß mit den Kachniks, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Vom Kahanismus droht dann auch dem Staat die eigentliche Gefahr, insofern dieser ein bedrohliches Potential zu einem Bürgerkrieg in sich birgt. Ob Kahane, Goldstein oder Ginsburgh, sie alle entstammen jedoch – woran stets zu denken ist – dem amerikanisch-jüdischen Milieu. Kahane war schon Rassist, als er in Israel einwanderte; das gilt auch von Goldstein. Der harte Kern der Kachniks besteht aus Amerikanern mit israelischem Paß, die in der israelischen Gesellschaft eine marginale Gruppe darstellen, wenn auch eine äußerst gefährliche. Es ist kein Zufall, wenn diese sich die besetzten Gebiete als Agitationsfeld ausgesucht haben, da sie im Is-

rael der Grenzen von 1967 nicht haben Fuß fassen können.

Man muß nur einen Blick in die aus Brooklyn kommende »Jewish Press« werfen, die von sich behauptet, die größte anglo-jüdische Wochenzeitung zu sein, um zu begreifen, daß der Kahanismus ein aus Amerika stammendes Phänomen ist. In der Pessach-Ausgabe vom 25./31. März 1994 werden beispielsweise »Kach« und »Kahane Chai« als wahre Verteidiger jüdischer Interessen hochgelobt. Dort kann auch der schon erwähnte Israeli Arye Stav mit Blick auf seine Regierung von „unseren ‚Arafat-Juden‘“ sprechen und diese nach Herzenslust diffamieren (S. 1). Die israelische Regierung und die PLO haben inzwischen die Clinton-Administration aufgefordert, die Machenschaften von »Kahane Chai« zu durchleuchten. In Brooklyn hat sie ein Hauptquartier, von dem aus sie über unverdächtige Organisationen wie »Amerikanische Freunde der Jeschiva Harav Meir« (s. o.), »Amerikanische Freunde der Vereinigten Jischuv-Bewegung« („Jischuv“ bezieht sich auf die Ansiedlung in Israel) oder

»Komitee für die Freiheit der Jugendlichen« zahlreiche Wohltätigkeitsvereine erreicht. Auf diese Weise fließen beachtliche Mittel in die Kassen von »Kahane Chai«, welche dann wiederum die Aktivitäten in der Westbank ermöglichen. Nach den Recherchen des »Jerusalem Report« vom 19. 5. 1994 ermittelt allerdings inzwischen der New Yorker Generalstaatsanwalt gegen sie, weil die Organisation nicht als wohltätige Korporation registriert ist und auch nicht gemäß den Gesetzen des Staates New York eine Offenlegung ihrer Bücher vorgenommen hat.

In der Zwischenzeit hat das aus Jericho abziehende israelische Militär gemäß der Vereinbarung mit der PLO die Verantwortung für die Sicherheit der in Jericho gegründeten Jeschiva auf die palästinensische Polizei übertragen. Vermutlich wird sich ein solcher Vorgang in der Zukunft des öfteren wiederholen. Möglicherweise werden es dann viele jüdische Siedler vorziehen, freiwillig in das alte Israel zurückzukehren.

Werner Thiede

»Weltweite Kirche Gottes«: Kleine Herde, großer Anspruch

Vor genau sechzig Jahren startete das Rundfunkprogramm einer kleinen Radio-Kirche, die längst – wie ihr Name seit 1968 hervorhebt – weltweit präsent ist, und zwar in manchen Ländern sogar mit regelmäßigen Fernsehsendungen. Bislang hat

In Heft 1/1994 von »Das Beste aus Reader's Digest« stößt man auf eine Annonce, die für eine kostenlose Broschüre mit dem Titel »Die Bibel – ein Über-

sie circa 1,8 Milliarden Zeitschriften und Broschüren unentgeltlich versandt. Aus Anlaß dieses Jubiläums informiert der folgende Beitrag über diese schwer einzuordnende Glaubensgemeinschaft (vgl. zuletzt MD 1986, S. 179 ff).

blick« wirbt. Nur kleingedruckt findet sich die für den normalen Leser nichtssagende Adresse, an die man sich wenden kann: »Stiftung Ambassador College«,

Postfach 1129, 53001 Bonn. Daß man es hier mit einer sektiererischen Glaubensgemeinschaft aus Amerika zu tun hat, merkt man zunächst nicht.

Deren Gründer, der im Umfeld von Quäkern erzogene Nordamerikaner *Herbert W. Armstrong* (1893–1986), hatte sich als junger Mann von allen religiösen Interessen abgewandt und sehr erfolgreich als Reklamefachmann und Vertreter für „die größte Handelszeitung des Landes“ gearbeitet, bevor ihn mehrere geschäftliche Mißerfolge niederschlugen und für die neuen Einflüsse seiner Ehefrau *Loma* öffneten. Diese war 1926 einer adventistischen Splittergemeinschaft namens »*Church of God*« (US-Staat Oregon) beigetreten und suchte ihn seither zu bewegen, mit ihr den Sabbat zu halten. Seine anfängliche Skepsis wich im Zuge eines intensiven, halbjährigen Bibelstudiums, das ihn zu der Überzeugung führte, durch sie von Gott selbst unterrichtet zu werden und so tiefgreifende Erkenntnisse zu gewinnen. 1927 ließ er sich taufen. Nach weiterer Erforschung der als wörtlich inspiriert betrachteten Bibel und ersten Bekehrungserfolgen wurde er 1931 in der Church of God ordiniert. Aber bereits 1933 machte er sich nach seinen Protesten gegen Versuche, in dieser Kirche ein Verwaltungssystem von Menschenhand zu errichten, unabhängig. Er gründete die Zeitschrift »*The Plain Truth*« (deutsch später: »*Klar & Wahr*«), die anfänglich eine Auflage von 250 Stück hatte, während derzeit monatlich circa 2,7 Millionen Stück (es waren zwischenzeitlich schon mehr!) in insgesamt sieben Sprachen gedruckt werden. Und 1934 eröffnete er das Programm seiner »*Radio Church of God*« mit dem Titel »*The World Tomorrow*«. Unter dieser apokalyptischen Überschrift läuft seit 1975 auch ein international ausgestrahltes Fernsehprogramm.

Der organisatorischen Festigung seines Unternehmens und dem „Bildungsauftrag“ der Kirche diente bereits 1947 die Gründung des »*Ambassador College*« im kalifornischen Pasadena. Dieser komfortablen, zahlreiche Studiengänge anbietenden Einrichtung, die noch heute als Zentraladresse der »*Weltweiten Kirche Gottes*« (= WKG) firmiert, wurden später einige weitere Colleges zur Seite gestellt (die studentische Ausbildung vollzieht sich in dem 1964 in Big Sandy/Texas gegründeten). Auf großen Weltreisen kam Armstrong seit 1969 in Kontakt mit führenden Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. 1975 wurde zum Zweck humanitären Engagements die Ambassador-Stiftung gegründet. Nach mehrjähriger, durch die Anprangerung von Mißständen gewachsener Krise wurde 1978 Armstrongs als Vizepräsident der Kirche fungierender Sohn *Garner Ted* nebst anderen ausgeschlossen, was zur Gründung der ähnlich ausgerichteten »*Church of God, International*« (Tyler/Texas) führte. Kurz vor seinem Tod setzte der 93jährige Armstrong seinen persönlichen Assistenten *Joseph W. Tkach* (geb. 1927) als Nachfolger im Amt des Pastor General ein, dem die Gemeindebetreuung obliegt und der Rat der Ältesten untersteht. Tkach, aus russisch-orthodoxer Familie stammend, war bereits 1957 Armstrong begegnet und durch die WKG getauft worden; seit 1980 war er Direktor der Kirchenverwaltung.

Was glauben Anhänger der WKG?

Nach Ansicht des „Apostels“ Armstrong „haben heute alle Kirchen das Evangelium Jesu Christi verloren“ (»*Klar & Wahr*« 9/1986). Wer so urteilt, maßt sich selbst einen unfehlbaren und anderen Kirchen unzugänglichen Einblick in die Christusbotschaft an.

Als Fundament gilt der WKG das Zeugnis der als wörtlich inspiriert verstandenen Heiligen Schrift. Doch wie bei jedem fundamentalistischen Schriftverständnis ergeben sich auch für die WKG die Versuchung zur willkürlichen Harmonisierung unterschiedlichster Schrifttraditionen, die Neigung zu apokalyptischer Spekulation und eine gesetzliche Frömmigkeitspraxis, der die Bibel als „Gebrauchsanweisung“ für den Alltag und als „Fundament zur Erlangung allen zusätzlichen Wissens“ gilt. Deren Auslegung bestimmt die „Führung der Kirche“, die auch für die – mittlerweile weniger deutlich als früher ausgesprochene – Überzeugung geradesteht, daß die WKG die einzig wahre Kirche auf Erden sei. Entsprechend existieren bislang keine formellen Beziehungen zu den ökumenischen Kirchen. Die WKG, die ihren Namen seit 1968 trägt, versteht sich als die rechtliche Form der geistlichen Kirche Gottes.

Christliche Festtage wie Weihnachten, Ostern und der Herrentag werden auf teuflische Irreführungen zurückgeführt, an deren Stelle für „wahre Christen“ Feiern aus dem jüdischen Festkalender (Pascha, Pfingsten, Posaunen-, Versöhnungs- und Laubhüttenfest) und der Sabbat rücken. Gesetzlich wird zwischen unreinem und reinem Fleisch unterschieden: „Unreines Fleisch zu essen, muß nicht unbedingt Sünde im geistlichen Sinne sein... Auf jeden Fall aber schadet falsche Kost dem Körper... Sie verdirbt den Körper, wenn nicht gar den Menschen, und wer seinen Körper verdirbt, den wird Gott verderben (1. Kor. 3,17)“, hieß es in einer Broschüre von 1982.

Eine inkarnatorische Christologie verband sich früher mit der Ablehnung der Personalität des heiligen Geistes zu einer Verwerfung der Lehre von der göttlichen Dreieinigkeit. Doch hierin ist die WKG

kürzlich zu neuen Einsichten gelangt: Jetzt kann sie formulieren, sie bekenne sich „zur Einheit Gottes und zur vollen Göttlichkeit des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes“. Auch hat sie mittlerweile von Ansätzen zur Berechnung der Parusie Christi Abstand genommen: „Fehlspekulationen untergraben den Glauben“, heißt es in »Klar & Wahr« (9/1993).

Der Heilsplan Gottes stellt sich nach Auffassung der WKG folgendermaßen dar: Nach dem Engelsturz und Sündenfall schuf Gott die Erde in der heutigen, dem Tode verfallenen Gestalt, um dem – gemäß heutiger Lehre der WKG nicht von einer Erbsünde belasteten – Menschen die Möglichkeit zu freier Entscheidung zwischen Gut und Böse einzuräumen. Die dafür vorgesehene Spanne von 6000 Jahren wird in Bälde enden, wenn nämlich Dämonen alle Völker zu einer letzten Entscheidungsschlacht um die Kontrolle der Stadt Jerusalem locken. Die darauf folgende kosmische Katastrophe wird in der Wiederkunft des Messias gipfeln, die das Tausendjährige Reich heraufführen wird. An dessen Ende steht dann die Auferstehung der großen Mehrheit der Menschen, all jener nämlich, die noch keine Gelegenheit zur Entscheidung für Gottes Weg gehabt hatten. Wer sich nachhaltig gegen Gott und sein Reich entscheidet, verfällt der Verbrennung im Feuerpfuhl, also dem ewigen Tod.

Wer hingegen auf Ewigkeit als ein Mitglied der „Familie Gottes“ aufgenommen wird, den erwarte leistungsbezogener Lohn: „Christus wird jeden einzelnen belohnen, je nachdem, was sie in diesem Leben geleistet haben.“ (»Klar & Wahr« 7/1991) Darüber hinaus erfüllt sich an solchen Getreuen eine Verheißung, die „fast über den Verstand“ gehe: Armstrong spricht vom „ungeheuren Potential des Menschen“, das er aus dem 2. Kapitel

des Hebräerbriefes herausliest, indem er von Aussagen über das Königtum Christi auf alle wahren Christen schließt («Klar & Wahr» 9/1986; vgl. 3/1990). Demnach wird jenen Menschen, die „durch eine Auferstehung in die Gottfamilie hineingeboren“ sind und denen er „trauen kann, daß sie ihm immer gehorchen werden“, das „ganze Universum untertan gemacht werden!“

In diesem göttlichen Gesamtplan spielt die „Kirche Gottes“ natürlich eine wichtige Rolle – und zwar als das wahre Gottesvolk inmitten der nach außen hin in Erscheinung tretenden ökumenischen Kirchen. Im Jahre 31 habe Jesus die ursprüngliche Gemeinde gegründet, doch sein Evangelium sei nach dem Tod der Apostel allmählich verwischt worden. Einige Getreue der Gründergemeinde seien von Kleinasien über die Alpen nach Britannien gewandert, von wo aus man viele Generationen später in die Neue Welt hinübergesiedelt sei. In Aufnahme dieser älteren Theorie der „British-Israel“-Bewegung sieht die heutige WKG ganz in der Tradition der anonymen „kleinen Herde“, die dem „wahren“ Evangelium und Gottes Geboten – im Unterschied zur „Hurenkirche“ der Konfessionen und Sekten – seit jeher die Treue gehalten habe und dafür einst mit Christus über die Nationen herrschen werde.

Widersprüchliches

Ob es sich bei der WKG um ein „freies Verkündigungs-Großunternehmen“ (O. Eggenberger), eine christliche „Sondergemeinschaft“ (H.-D. Reimer), „Sekte“ («Handbuch Religiöse Gemeinschaften») oder „(Frei-)Kirche“ handelt, ist insofern schwer zu entscheiden, als sie Züge all dieser konfessionskundlichen Grundarten in sich vereint. Grundsätzlich werden

weder Mitgliedsbeiträge noch Bezugsgebühren erhoben. Doch die WKG geht davon aus, daß Gottes Gesetz über den Zehnten noch in Kraft sei. Entsprechend werden von den „wahren“ Gläubigen die Zahlung des Zehnten und zusätzlicher Geldopfer erwartet – zur Ehre Gottes auf Konten der WKG! In »Die Reine Wahrheit« (1/1968) hieß es unverblümt: „In diesem großen Werk Gottes, das der dem Untergang geweihten Welt die allerletzte Warnung entgegenruft, machen diejenigen in geistlicher Hinsicht die größten Fortschritte, die treu ihren Zehnten und ihre Opfergaben entrichten. Sie bereiten sich auf einen Platz im Reiche Gottes vor...“ Das klingt weniger nach Opfer als vielmehr nach berechnender Investition. Tatsächlich liest man in »Klar & Wahr« (3/1992) wörtlich: „Wir geben Gott, weil es von Vorteil für uns ist...“ Derzeit gehen die Einnahmen der WKG etwas zurück. 1971 sollen rund 25000 Mitglieder den Zehnten gezahlt haben; allerdings ist diese Zahlung nicht automatisch als Zeichen einer durch Taufe begründeten Mitgliedschaft zu werten. Heute wird – wie bereits vor zehn Jahren – von rund 100000 Mitgliedern gesprochen, wobei sich die Zahl in der BRD um 1000 bewegt. In über 120 Ländern bzw. Territorien gibt es rund 800 Versammlungen; mehr als 700 Vollzeit- und 800 Teilzeitprediger sind in der WKG tätig. Als überkonfessionelle Kirche – so wird betont – werbe man nicht aktiv-missionarisch um Anhänger. Abgesehen von örtlichen Gemeindebildungen sind kirchliche Organisationsformen verpönt. Doch immer wieder enthalten die Zeitschriften Karten, die zur weiteren Abonnentenbeschaffung animieren. Direktwerbekampagnen zur Sicherung der Auflagenhöhe kommen vor. Außerdem vertritt das „überkonfessionelle“ Werk eine Reihe sogenannter „Glaubenssätze“, die – freund-

lich ausgedrückt – sehr wohl konfessionellen Charakter tragen, ja die – einmal weniger freundlich ausgedrückt – sektiererischen Exklusivismus signalisieren.

In deutscher Sprache hat es von 1960 bis 1973 Rundfunksendungen gegeben. 1961 kam hierzulande die Zeitschrift »Die Reine Wahrheit« heraus. Sie heißt seit 1971 »Klar & Wahr«; 16 Jahre lang wurde sie von der mehr biblischen Themen gewidmeten Zeitschrift »Die Gute Nachricht über die Welt von morgen« begleitet, mit der sie ab 1991 vereinigt wurde. Für Mitarbeiter gibt es seit einigen Jahren die interne Zeitschrift »Neues aus dem Werk«. In englischer Sprache veröffentlicht die WKG das Jugendmagazin »Youth«.

In mehreren deutschen Großstädten ist es zu örtlichen Gemeindebildungen gekommen. Derzeit befindet man sich in einer Konsolidierungsphase. 1993 wurde in der Zeitschrift »Klar & Wahr« die Notwendigkeit der Gemeinschaftspflege mit Gläubigen ausdrücklich unterstrichen. Bereits seit 1965 gibt es in der BRD gottesdienstliche Versammlungen der WKG. Diese Gottesdienste – auf Teilnahme wird Wert gelegt – dauern im allgemeinen zwei Stunden, wovon eine Stunde der Predigt vorbehalten ist. Ein 1993 in Amerika erschienenes „Hymnal“ (Choral- bzw. Gesangbuch) wird derzeit ins Deutsche übertragen. Zugänglich sind die Versammlungen eigentlich nur Mitgliedern und solchen, die es werden wollen. So existieren – in Ablehnung einer organisierten Kirche – im wesentlichen nur Postfachadressen, für Deutschland die eingangs zitierte (immerhin wird nach Fernsehsendungen bisweilen auch eine Telefonnummer angegeben).

Diese etwas zugeknöpft wirkende Haltung ist den neutestamentlichen Gemeinden ebenso fremd gewesen (vgl. 1. Kor. 14,23) wie das formelle Abstandnehmen

von aktiver Mission. Die WKG erweist sich mithin als eines von nicht wenigen Beispielen für einen überheblichen Biblizismus, der zu wenig nach den Erkenntnissen anderer Glieder der in der Tat weltweiten Kirche Jesu Christi fragt und in der Konsequenz selbstgewählter Isolierung biblische Wahrheiten aus dem Auge verliert oder verkehrt gewichtet. Wer grundsätzlich nicht mehr auf die vielleicht zurecht korrigierende Stimme anderer im Volk Gottes hört, der mag noch so viele Radio- und Fernsehsender betreiben – er verbleibt im sektiererischen Monolog! Wenn dies richtig ist, dann haben freilich auch Christen der ökumenischen Kirchen allen Anlaß, sich selbst nicht zuletzt von den sogenannten Sondergemeinschaften und Sekten hinterfragen, nämlich auf die Theorie und Praxis ihres eigenen Glaubens hin kritisch befragen zu lassen. Denn in jedem gewissenhaften und dabei geschwisterlichen Ringen um das rechte Verständnis des Evangeliums besteht die Möglichkeit, daß etwas spürbar wird vom Geist der weltweiten, nicht auf Konfessionsgrenzen einzuengenden Kirche des Herrn.

Informationen

ERWECKUNGS- UND
ERNEUERUNGSBEWEGUNGEN

Konflikte im Umfeld neuer Gemeindegründungen in der Evangelischen Kirche im Rheinland. (Letzter Bericht: 1989, S. 248 f; vgl. 1991, S. 245 ff; 1992, S. 240 ff; 1993, S. 129 ff; 359 ff) Seit ca. 1980 sind im Bereich der Rheinischen Evangelischen Landeskirche eine Reihe

neuer Gemeinschaften entstanden, die sich als Gemeinde oder Kirche verstehen und pfingstlerisch, charismatisch, mitunter auch ausschließlich fundamentalistisch geprägt sind. Nur ein Teil hat sich den traditionellen Bündeln, z. B. dem »Bund Freier evangelischer Gemeinden« (BFEG) oder dem »Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden in Deutschland« (BFP), angeschlossen. Manche Leiter der Gruppen gehören zum Kreis der Allianz, vereinzelt bemühen sich diese Organisationen um einen Gaststatus bei der »Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen« (ACK). Im Blick auf zahlreiche dieser Gruppen gab und gibt es besorgte Rückfragen. Einzelne landeskirchlich orientierte Gemeindeglieder fühlen sich durch Abwerbewersuche bedrängt, empfinden ständige Besuche und Aufforderungen zur Bekehrung und Wiedertaufe als Nötigung, erbiten Rat für Angehörige und Freunde, die sich nach einem Beitritt zu einer der Gruppen ihrem Eindruck nach psychisch verändert haben, soziale Kontakte und Ausbildungen abbrechen oder nach vermeintlichen Heilungen mit gesundheitlichen Problemen kämpfen. Ungefähr 25% aller Betroffenen, die insgesamt im Referat Sekten- und Weltanschauungsfragen der Rheinischen Kirche um Orientierung und Beratung bitten, fragen nach solchen Gruppen aus dem charismatisch-fundamentalistischen Spektrum. Bei näherer Betrachtung der sehr verschieden geprägten neuen Gemeinden läßt sich feststellen, daß nicht von einer einheitlichen Gemeindegründungsbewegung gesprochen werden kann. Neben theologischen Begründungszusammenhängen gibt es offensichtlich eine Reihe anderer Faktoren, die bei Gemeindegründungen eine Rolle spielen. Einige Auffälligkeiten und charakteristische Züge, die mehr oder weniger für alle genannten Gruppen gelten, seien hier benannt:

- Die bundesrepublikanischen Verhältnisse erhalten immer stärker *anglo-amerikanische* Züge. Dies bezieht sich nicht nur auf die wirtschaftliche Situation, z. B. auf das Konsumverhalten der Menschen oder auf die „Medienöffentlichkeit“, sondern auch auf die „inneren Lebensräume“ der Menschen, z. B. auf ihre religiösen Lebensräume. Der ständige „Individualisierungsdruck“, der Pluralismus der Werte und das allgemein herrschende Beliebigkeitsdenken lassen bei einem Teil der bereits „christlich angewärmten“ Bevölkerung eine *Sehnsucht nach verbindlicher Gemeinschaft* in einer kleinen überschaubaren Gruppe entstehen, die klare einfache Lebensorientierung gibt, einen hohen Erlebnenswert garantiert, Identifikation und intensive soziale Kontakte ermöglicht.
- Auffallend ist der prozentual hohe Anteil *US-amerikanischer Gemeindeleiter oder US-amerikanischer Mutterorganisationen* bei den in Rheinland aktiven Gruppen. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, daß nach Überzeugung vieler fundamentalistischer oder pfingstlerischer Kleinstkirchen und Gemeinden in den USA das Land der Reformation re-christianisiert werden muß. Andererseits werden die Strukturen und die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik als stabiler und besser eingeschätzt als in den USA. Zur Finanzierung eines Pastors und der nötigen Sachausgaben benötigt man hierzulande im Durchschnitt lediglich 80–100 Gemeindeglieder, in den USA jedoch 250–300. Außerdem läßt die relativ hohe Unverbindlichkeit und der distanzierte Umgang mit der Institution Kirche gerade in Deutschland viel Freiraum für anders strukturierte Gruppen. Es ist außerdem einfacher und auch bequemer, auf-

grund der soliden Infrastruktur, der Einkommensverhältnisse, der sozialen Absicherung und der Kulturverwandtschaft vor allem in Deutschland zahlende Gemeindemitglieder zu gewinnen als z. B. in Frankreich, Italien, Osteuropa oder in der Dritten Welt. Manche US-amerikanischen Organisationen sehen Deutschland auch als ideales Sprungbrett für die Missionierung der Menschen in den gesamten ehemaligen Ostblockstaaten.

- *Einzelne evangelikale Missionswerke* gehen mehr und mehr dazu über, selbständige bzw. von dem Missionswerk abhängige Gemeinden aufzubauen, um Unterstützungskreise zu festigen und zu sichern (z. B. »Deutsche Inland Mission« [DIM] in Heinsberg und »Neulandmission« in Windeck/Herchen). Einige Gemeinden unterhalten *Bibelschulen*, die auch der Pastorenausbildung dienen. Viele Absolventen dieser und anderer Bibelschulen versuchen, schon aus existenzsichernden Gründen, neue – meist charismatische – Gemeinden zu gründen. Es kommt oft zu Spannungen mit bestehenden freikirchlichen oder landeskirchlichen Gemeinden und vor allem im freikirchlichen Raum vermehrt zu Spaltungen.
- Im Zusammenhang mit Neugründungen sind *Auseinandersetzungen und Zerwürfnisse* an der Tagesordnung. Die Konflikte entsprechen oft einer Strategie der Gruppe, durch Breitenwirkung Spaltungstendenzen wirkungsvoll in Szene zu setzen. Die Persönlichkeit vieler neuer Gemeindeführerinnen und -leiter läßt vermuten, daß die Schwierigkeiten auch unter anderen Umständen und Personenkonstellationen zu Auseinandersetzungen und Zerwürfnissen eskaliert wären. Bei vielen von ihnen zeigt sich z. B. ein starker Führungsanspruch, geringe

Kompromißfähigkeit und ausgeprägte Gegnerschaft zu Institutionen.

- *Diakonische Aktivitäten und gesellschaftliches Engagement*, wenn überhaupt vorhanden, sind oft als *öffentlichkeitswirksame Mitgliederwerbung* angelegt. Die Mehrzahl der Gemeinden macht eher einen selbstgenügsamen Eindruck. Die vielfach aggressive Missionstätigkeit bindet alle Kräfte. Mission wird nicht selten lediglich als Mitgliederwerbung für die eigene Gruppe verstanden, so daß Wachstum vor allem Transfer-Wachstum ist. Vor allem charismatisch ausgerichtete Gemeinden haben in bezug auf Mitgliedschaft nicht selten den Effekt eines „Durchlauferhitzers“. Wunder und Zeichen stellen sich je länger je seltener ein. Trotz angeblich „mehrfacher Heilung“ sterben Menschen an ihren Krankheiten. Visionen und Prophetien haben sich vielfach nicht verwirklicht. Das Zungenreden und der Sprachengesang erscheinen vielen Langzeitmitgliedern als gut eingeübte Rituale. Die Begeisterung flacht mit der Zeit ab. *Normale Gewöhnungs- und Alterungsprozesse* setzen ein. Manche treten aus der Gruppe aus oder ziehen sich einfach zurück. Für andere beginnt die Suche nach einer neuen Gemeinschaft. Will die „alte Gemeinde“ nicht verkümmern oder untergehen, muß sie versuchen, vor allem junge Leute an sich zu binden.
- Manche neuen Gemeinden sind erstaunlich schnell bereit, das „Firmenschild“ zu wechseln. Traditionen werden schnell aufgegeben, neue entstehen. Das Schlagwort „*überkonfessionell*“ wird oft zur eigenen Kennzeichnung verwendet. Gleichzeitig können sich die Gruppen jedoch auch als „*Evangelische Freikirchen*“ benennen. Insgesamt gesehen wird im Etikett die

charismatische Ausrichtung meist verschwiegen. Mitunter entscheidet man sich bei der Namensgebung auch für mehr oder weniger bekannte Gestalten der Kirchengeschichte (s. »Anskar-Kirche« oder »Andreas Murray-Kirche«).

- Durchgängig besteht eine *regionale Orientierung*. Dies ermöglicht eine breite Mitgliederwerbung und bietet viele Ansätze für Mission mit Überraschungseffekten, die bei örtlicher Orientierung auf Dauer kaum Erfolg hätten. Die Ortsbindung und ersatzfamiliäre Einbindung geschieht durch Hauszellgruppen oder Hauskreise.
- *Pfingstlerische Großorganisationen* wie »Christus für alle Nationen« (Reinhard Bonnke, Frankfurt), »Der Weg zur Freude« (Siegfried Müller, Karlsruhe) oder Morris Cerullo »Weltevangalisation Europa« (Großbritannien) organisieren im Rheinland immer wieder Großveranstaltungen. Die Besucher erleben meist begeisternde Gottesdienste mit „vielen Zeichen und Wundern“. Die Kluft zu den Alltagserfahrungen läßt sich kaum überbrücken, so daß für ein regelmäßiges Sonntagserlebnis Gemeinden gesucht werden, die eine ähnliche Atmosphäre ausstrahlen, wie sie bei Großveranstaltungen erlebt wurde.

Joachim Keden, Düsseldorf

SCIENTOLOGY

Religionsverfolgung in Deutschland? (Letzter Bericht: 1994, S. 119f)
Für das Jahr 1994 hat sich die »*International Association of Scientologists*« (IAS)

laut ihrer Zeitschrift »*Impact*« (Nr. 50) das Ziel gesetzt, ihre deutschen Mitglieder in der Kampagne zu vereinen, alle Störungen zu beseitigen und zu erreichen, daß Scientology in Deutschland volle religiöse Anerkennung und Akzeptanz finde. An diesem Ziel wird kräftig gearbeitet. Das Ende 1983 gegründete »*Internationale Büro für Spezielle Angelegenheiten*« (»Office for Special Affairs« = OSA International) der »Church of Scientology International« hat mittlerweile eine Sondereinheit gebildet, die sich ausschließlich mit der Situation in Deutschland befassen soll.

Im »Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel« konnte die »*New Era Publications Deutschland*« in den letzten Monaten eine Anzeigenkampagne placieren, in der besonders auf den neuen Monumentalband »*Was ist Scientology?*« aufmerksam gemacht wurde. Damit verband sich eine „Sonderaktion für Buchhändler und Bibliotheken“, denen ein kostenloses „Leseexemplar“ dieses Buches angeboten wurde. Wie die neueste »*Impact*«-Ausgabe (Nr. 54) berichtet, hat die IAS ungefähr zur selben Zeit eine Serie von 20 Annoncen in »*Roll Call*«, einer der einflußreichsten Zeitungen Washingtons, finanziert, um die Aufmerksamkeit amerikanischer Kongreßabgeordneter und Regierungsbüros auf die Intoleranz und Belästigung hinzuweisen, die religiösen und ethnischen Minderheiten im heutigen Deutschland zuteil werde und die an die Haßkampagnen des Dritten Reiches gegen die Juden erinnerten. Jede dieser Annoncen lädt den Leser ein, sich die 1993 von der Scientology-Church herausgegebene und von der IAS finanziell ermöglichte Broschüre »Haß und Propaganda« kommen zu lassen (über sie hatte der »*Materialdienst*« 1993, S. 97f und 111ff, berichtet). Im übrigen ermuntern die Annoncen die Leser angeblich, Präsi-

dent Clinton und bedeutende Kongreßabgeordnete brieflich aufzufordern, durch effektive Aktionen der Diskriminierung religiöser und ethnischer Minderheiten in Deutschland entgegenzutreten.

Sicher war es kein Zufall, daß jüdische Scientologen aus Amerika etwa zeitgleich mit entsprechenden Gesprächsanliegen um einen Termin in der EZW bat – allerdings so kurzfristig, daß diesem Wunsch nicht entsprochen und brieflich nur dazu ermutigt werden konnte, sich einmal beim Zentralrat der Juden in Deutschland über die tatsächliche Gesamtsituation zu informieren. Mit dem pauschalen Vorwurf der „Religionsverfolgung“ taktieren Scientologen schon seit Jahrzehnten, wobei sie geschickt unterstellen, daß es sich bei ihnen um eine „echte“ Religionsgemeinschaft handele. Gäbe es hierzulande wirklich eine religiöse Unduldsamkeit, die gar auf einen neuen Holocaust hinauslaufen könnte, wie das die scientologische Propaganda suggeriert, dann hätte beispielsweise die Hamburger Staatsanwaltschaft nicht im vergangenen Juni die Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Scientology-Organisation eingestellt. th

Buchbesprechungen

Fritz Lohmeier, »Konflikte um den rechten Glauben. Warum und worüber wird gestritten?« Verlag Die Blaue Eule, Essen 1993, 303 Seiten, 68,- DM.

Um „kirchliche Ansprüche im Kreuzverhör“ geht es in diesem Buch – jedenfalls

laut so ein Aufdruck auf dem Titelblatt. Der Autor ist ein dem Religiösen nicht abgeneigter, gebildeter Zeitgenosse, der sich seinem Thema aus verhaltenswissenschaftlicher Perspektive nähert. Daß er theologisch und religionswissenschaftlich Amateur ist, wirkt sich auf die Behandlung seiner im übrigen durchaus niveauvoll angegangenen Thematik abträglich aus. Seine Grundposition erinnert an die kantianische Wirklichkeitsauffassung, derzufolge der Mensch das „Ding an sich“ nicht zu erkennen und darum nur mit Hilfe von unzulänglichen Vorstellungen und durch Sprachsysteme bedingten Reflexionen zu erschließen vermag, was ihn umgibt und trägt. Wendet man diese verstandesmäßigen (S.101f) Einschränkungen konsequent auf religiöse Gedankenwelten an, so ergibt sich daraus die These vom Glauben „als Produkt des Menschen“. Glaubensinhalte seien nur als Vorstellungsgut zugänglich, das vor dem inneren Auge eines Subjekts auftritt. Allein um solch kognitive Gebilde werde gestritten, und erst durch Wertbesetzungen würden diese zur Kollision fähig. Doch sei ein Streiten um den „rechten Glauben“ aus Mangel an Objektivitätskontrolle nicht zu rechtfertigen. Für eine Häresie-Bezeichnung gebe es keine fundierte Meßgrundlage. „Der Glaubende kommuniziert zwangsläufig mit höchst persönlichen Erscheinungen seiner Innenwelt.“ (67) Den Christus des einen Christen mit dem eines anderen gleichzusetzen, beruhe auf Projektion bzw. Illusion.

Die entscheidende Frage, inwieweit die kognitiven Gebilde weltlicher oder transzendenter Realität entsprechen, stellt sich freilich für den Verfasser ebensowenig wie die nach den unterschiedlichen psychosozialen Auswirkungen von Glaubensvorstellungen. Sein Vor-Urteil steht fest: Was ein Theologe meine, „existiere“

eigentlich nirgendwoanders als in der Innenwelt des einzelnen Trägers (292). „Die theologisch ausgegebene Wirklichkeit bildet nicht die gemeinte Realität ab. Sie zeigt sich als Ausdruck geistigen Konstruierens; und ihre Existenz läßt sich nur in momentanen Bewußtseinsakten ausmachen. Auch die theologisch vermittelte Wahrheit ist nicht das, wofür man sie hält. Sie erweist sich als personal einmaliges Konstrukt... Alles theologische Bemühen um die Welt in ihrer Sinnhaftigkeit fängt sich in sich selbst“, bleibt „ein Schmoren im eigenen Saft“ (119 und 126). Der theologische Dilettant versteigt sich gar zu dem Satz: „Schon Operationalisierungen von Begriffen, also Definitionen zum eindeutigen Zuordnen von Sachverhalten, sind der Theologie fremd.“ (130) Solche und ähnliche Aussagen klingen in keiner Weise mehr analytisch, sondern nur noch nach billiger Polemik.

Nun ist es ja methodisch gewiß denkbar, „Glaubensgut aus einer Bildung im Individuum und in Abhängigkeit vom Individuum zu verstehen“ (64). Doch als absolut gesetzte Betrachtungsweise führt dieser Zugang zu einer subjektivistischen, theologisch natürlich unfruchtbaren Verengung. Mit aufgeklärtem Gestus behandelt Lohmeier zentrale theologische Topoi meist nur im Modus der Aufzählung und der direkten oder indirekten Ablehnung, wenn nicht gar der leicht abzuschießenden Karikatur. Für ihn „entbehrt ein objektiver Vergleich von Offenbarungsbasis und Dogma jeglicher Voraussetzungen; und von einer geschichtlichen Konstanz der Offenbarungsbasis kann schon gar nicht die Rede sein“ (179).

Lohmeiers spezifische Perspektive wirkt selbst aus religionspsychologischer Sicht reduktionistisch, da sie vor allem kognitive Strukturzusammenhänge in den

Blick nimmt und darüber die affektive Ebene analytisch zu berücksichtigen verfißt. Zwar weist er mit Recht auf die notwendigerweise unterschiedlichen Ausprägungen von Glaubensweisen in den verschiedenen Altersstufen hin; doch auf die neuere religionspsychologische und -pädagogische Diskussion über die je anzutreffenden Strukturstufen in den religiösen Entwicklungen geht er mit keinem Wort ein.

Als Lösung der sich so ergebenden religiösen Problematik bietet Lohmeier an den Abschlüssen seiner verschiedenen Ausführungen immer wieder die Figur des „ganzheitlich Glaubenden“ an. Gemeint ist damit ein Mensch, der „die ganze sich eröffnende Welt ungeteilt für Gottes Welt hält“ (52) und darum die Vorläufigkeit allen Erkennens, die Fremdbestimmung durchs soziale Meinungsumfeld, verunsichernde Bibelkritik, das subjektivistische Alleinsein in seiner Gottesbeziehung und möglichen Irrtum einfach hinnimmt, da ihn nichts von der Liebe Gottes trennen und er vielmehr darauf vertrauen kann, „im jeweiligen Präsenzhorizont mit bedarfsgerechten Erkenntnissen versorgt zu werden“ (254). Mit diesem fromm-liberalen Konstrukt des angeblich „ganzheitlich Glaubenden“ entpuppt sich eine im Grunde naiv anmutende Einstellung Lohmeiers: Es entgeht ihm, daß die eigene Glaubensposition, indem sie offenkundig von einer Differenzierung zwischen Gottes Schöpfung und Gottesreich absieht, selbst nichts anderes als ein bestimmtes „kognitives Gebilde“ darstellt, das sich der Wahrheitsfrage und damit dem Streit aussetzen muß. Es verdankt sich genau jener Nähe zu einem „objektivistischen Wahrheitsparadigma“ (143), jener Strebung hin „zur kognitiven Herrschaft“ (296), jener Bemühung um „Reduzierung von Dissonanz“ (55) und jener „Strategie der Immunisierung“ (81),

die der Verfasser lieber bei anderen als bei sich selbst zu diagnostizieren pflegt. Gegen Ende seines ersten Kapitels räumt Lohmeier ein: „Zweifellos war unsere einführende Betrachtung weithin oberflächlich, einseitig und willkürlich.“ Ob er solche Selbstkritik nicht im Blick auf sein gesamtes Buch hätte formulieren sollen? Immerhin deutet er auf der letzten Seite ein Bewußtsein davon an, daß er einen „nicht gerade wissenschaftlich-präzisen Geisteserguß“ vorgelegt hat! Insbesondere sein implizites Dogma vom „kognitiv unfaßbaren Gott“ (89) hätte jedenfalls einer gründlicheren Reflexion bedurft, um seine Eignung zu beweisen, allen Offenbarungsglauben auf das Maß der subjektiven „bedürfnisorientierten Glaubenswelt“ (89) zurechtzustutzen und „ein störungsfreies Glaubensleben“ (294) zu gewährleisten. th

Samuel Pfeifer, »Glaubensvergiftung – ein Mythos? Analyse und Therapie religiöser Lebenskonflikte«, Brendow Verlag, Moers 1993, 206 Seiten, 29,80 DM.

Glaube und Kirche sind in den letzten Jahren zunehmend verdächtigt worden, in überdurchschnittlichem Maß für seelische Störungen verantwortlich zu sein. Schlagworte wie jenes von der „ekklesiogenen Neurose“ finden schnell Verbreitung und werden, ähnlich wie der Begriff

„Fundamentalismus“, großzügig verwendet. Zweifellos ist es kaum ernsthaft zu bestreiten, daß es auch unter religiösen Menschen seelische Krankheiten gibt. Die Frage ist jedoch, ob solche Erscheinungen gerade in dieser Gruppe in besonders auffälliger Form gehäuft auftreten und ihre Ursachen in der Religion selbst haben. Dies scheint zumindest eine These zu sein, die immer populärer geworden ist. Gestützt wird diese Annahme durch Therapeuten, die im kirchlichen Bereich tätig sind. Bekanntestes Beispiel dafür ist zur Zeit sicherlich Eugen Drewwermann, der sich in seinem Buch »Kleriker« intensiv mit den Problemen des geistlichen Standes in der katholischen Kirche beschäftigt hat. Im Zeichen eines ohnehin kirchen- und glaubenskritischen Trends in unserer Gesellschaft werden daraus rasch allgemeine Aussagen abgeleitet. Der Glaube schlechthin erscheint heute vielen als krankmachend, und jede seelische Auffälligkeit bei religiös orientierten Menschen liefert dafür den Beweis.

Samuel Pfeifer, Chefarzt einer Psychiatrischen Klinik, geht in seinem Buch diesem Vorwurf nach und untersucht, ob die Annahme einer engen Verbindung von Glaube und seelischer Krankheit existiert oder nur ein Mythos ist. Das Buch ist, wie es der Autor selbst an einer Stelle nennt, eine Streitschrift. Hier schreibt nicht einer aus der wissenschaftlichen Distanz, sondern aus der persönlichen Betroffenheit heraus. Damit legt der Autor offen, daß er einen eigenen Standpunkt hat und diesen belegen will. Trotz dieser Offenheit ist das Buch durchgehend sachlich und ohne überflüssige Polemik verfaßt. Für den psychologischen Laien stellt es eine zwar anspruchsvolle, doch durchaus gut verständliche Lektüre dar.

Bei näherer Untersuchung der For-

schungsliteratur zum Bereich der „ekkle-siogenen Neurose“ kommt Pfeifer zu dem Ergebnis, daß die öffentliche De-batte und der empirische Befund weit auseinanderklaffen. Die nachweislich um ein Vielfaches höheren positiven Aus-wirkungen des Glaubens auf die seeli-sche Gesundheit bleiben in aller Regel unerwähnt. Aus einer „ganzheitlichen, sys-temischen Sichtweise neurotischer Pro-bleme“ (S. 39) heraus hält der Autor die Etikettierung „ekkle-siogen“ für unseriös, da sie einen monokausalen Zusammen-hang konstruiert, der so nicht nachweis-bar ist: „Der Mythos vom krankmachen-den Glauben wird dort am ehesten ge-pflegt, wo ein ausgewähltes Patientengut (religiöse Menschen) mit einem einseitigen Schwerpunkt (z. B. Sexualität) be-trachtet wird. Der Fehler liegt nicht darin, Zusammenhänge zwischen Neu-rose und Religiosität zu untersuchen, son-dern in der Art wie die Beobachtungen gewichtet werden. Probleme entstehen dort, wo durchaus berechnete Teilas-pekte eines Geschehens zur alleinigen Ursache verfestigt werden.“ (Ebd.) Damit soll keineswegs das Problem gelehnet werden, vielmehr geht es dem Autor darum, die Unverhältnismäßigkeit zu-rechtzurücken. Dabei hat er besonders auch den Patienten im Blick. Ist nämlich die „ekkle-siogene Beweiskette“ falsch, dann wird dies auch zwangsläufig die an-gewandte Therapie sein.

Das bisher vorliegende empirische Mate-rial ist allerdings noch zu gering, um dar-aus verallgemeinernde Aussagen ablei-ten zu können. Aufschlußreich wäre si-cherlich eine Untersuchung der Frage, ob nicht neurotisch veranlagte Men-schen einen Hang zu bestimmten Geme-inschaften und Lehren haben, die auf das neurotische Potential verstärkend wirken.

Pfeifers Grundthese ist, daß der religiöse

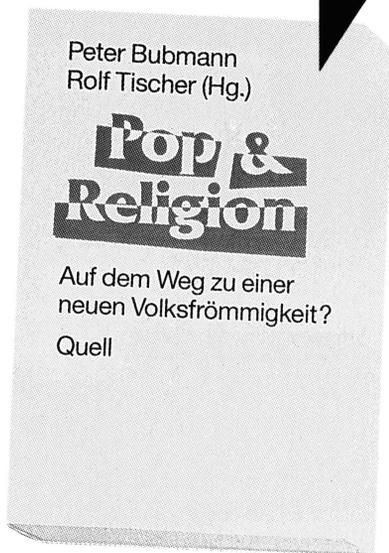
Faktor nur einer unter vielen ist, der im ungünstigen Fall eine vorhandene neuro-tische Disposition verstärken kann. Nicht der Glaube selbst ist in solchen Fällen die Ursache, sondern es sind vielmehr Überbetonungen in Familie und Ge-meinde, die eine negative Wirkung ha-ben: „Religiös gefärbte Neurosen sind nur eine von vielen möglichen inhaltli-chen Prägungen neurotischer Erlebnis-weisen.“ (S. 156)

Nach einer ausführlichen Darstellung der Hintergründe und der Entwicklung von Neurosen widmet sich der Autor dem Verhältnis von Glaube und Neurose und verweist auf die verschiedenen Ursa-chen von religiös-neurotischen Spannun-gen. Besonders der Bereich der Sexual-moral gilt als Quelle späterer Störungen. Ob allerdings religiöse Menschen in die-sem Bereich überdurchschnittliche Pro-bleme haben, kann mit Recht bezweifelt werden. Mit einer größeren Freizügigkeit allein haben sich die Schwierigkeiten mit der Sexualität ganz offensichtlich nicht lösen lassen. Gerade dies zeigt, daß der monokausale Erklärungsversuch scheitert, wenn alles nur auf den Glauben als Ursache reduziert wird.

Im Schlußteil zeigt der Autor Möglichkei-ten und Grenzen des therapeutischen und seelsorgerlichen Umgangs mit neuro-tischen Menschen auf und verweist auf Konsequenzen, die sich für Seelsorge und Verkündigung ergeben. Wer sich mit diesem Problem und dem Vorwurf vom „krank machenden Glauben“ konfron-tiert sieht, sollte dieses Buch zur Hand nehmen oder es an jene weitergeben, die den Vorwurf der „ekkle-siogenen Neu-rose“ schnell erheben, um damit abwei-chendes Verhalten zu pathologisieren. Dieser nüchternen Analyse ist zu wün-schen, daß sie zur Aufweichung vorhan-dener Vorurteile beiträgt.

Jürgen Wüst, Bensheim

Beaten oder beten? Religion und Rituale



Peter Bubmann/
Rolf Tischer (Hg.)

Pop und Religion

Auf dem Weg zu einer
neuen Volksfrömmigkeit?

Eine Publikation der

Evangelischen Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

248 Seiten. DM 38,-

Herausgeber und Mitarbeiter sind praktizierende Pop-Musiker. Die neun Autoren geben einen Überblick über die vielgestaltige populär-religiöse Musikszene und die damit zusammenhängende musik-theologische und -philosophische Diskussion. Im abschließenden Teil untersuchen sie, was religiöse populäre Musik zum christlichen Glaubensleben beitragen könnte. Satanischer Okkultrock, New Age-Meditationsmusik oder kommerzielle Volksmusik gehen auf religiöse Urbedürfnisse eines Millionenpublikums ein.

Das Buch ist ein fundiertes Gesprächsangebot für alle, die das Evangelium mit musikalischen Mitteln in die massenkulturell geprägte Lebenswelt von heute hineinbringen wollen.

Unsere Bücher erhalten Sie
in jeder Buchhandlung.
Ausführliches Verlagsprogramm
vom Quell Verlag
Postfach 10 38 52 · 70033 Stuttgart



Quell Verlag

